P R O T O K O L L

über die 17. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 2. Juli 1987, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatsitzungssaal

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:
Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:
Leopold Wippersberger
Karl Holub

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Rudolf Pimsl
Erich Sablik
Ing. Othmar Schloßgangl
Rudolf Steinmaßl
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Josef Brandstötter
Franz Enöckl
Walter Hahn
Karl Hochrather
Mag. Gerhard Klausberger
Herbert Lang
Johann Manetsgruber
Günther Mayrhofer
Rudolf Pickl
Erna Probst
Franz Rohrauer
Franz Strasser
Hubert Sturmberger
Leopold Tatzreiter
Otto Treml
Anton Vorhauer
Alfred Wallner
Christine Wieser
Wolfgang Wieser
Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:
Magistratsdirektor OSR.
Dr. Franz Knapp
Kontrollamtsdirektor SR. Dr. Peter
Gottlieb-Zimmermann
MR. Dr. Kurt Schmidl

PROTOKOLLFÜHRER:
Präsidialdirektor MR. Dr.
Gerhard Alphasamer

Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates (gem. § 51 Abs. 3 Sts)

Sport-2075/84 Ges-2654/84	Sportanlage Wehrgraben; Übersiedlung von Kleingärten.
Wi-1080/87	Österreichischer Pensionistenkalender 1988; Insertion.
GHJ2-2845/87	Stadtgärtnerei Ster; Erneuerung des Heizungskamines.
GHJ1-2572/87	Stadtgärtnerei Steyr; Ankauf eines Mopeds.
FW-1274/87	Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr; Ankauf von Ausrüstungsgegenständen, technischen Geräten und Einrichtungsgegenständen.
SchuI-5120/84	Erweiterung der HS 2 Ennsleite; Statikerleistung - Restzahlung.
GHJ1-6701/85	Ankauf eines EDV-Programmpaketes für die Aufgaben des Einwohnerwesens und Ankauf eines Abteilungsdruckers für den Aufgabenbereich des Stadtrechnungsamtes.
Pers-234/87	VB Ing. Friedrich Weber; Verkehrsunfall vom 10. 10. 1986; Geldaushilfe.
En-994/87	Beleuchtungsprogramm 1987; Baumeisterarbeiten.
Bau3-5060/83	Sanierung der Josef-Wokral-Straße; Schlußrechnung und Schlußbericht.
Bau5-2180/86	Rathausumbau; Beleuchtung der neuzuschaffenden Büroräume.
GHJ1-92/87	Ankauf eines Mikrofilmlese- und Druckgerätes.
Ha-2505/87	HTL-Ball 1987; ausnahmsweise Refundierung der Lustbarkeitsabgabe und der Saalmiete für den Stadtsaal.
Wa-7031/86	Reinigung des Wehrgrabengerinnes im Zuge der Abkehr - Deponiegebühren; Ergänzung des StS-Beschlusses vom 26. 2. 1987.

GHJ2-3328/87 Spielplatz Winklinger Straße - Landarbeitersiedlung; Erweiterung.

Bau5-2180/86 Dachgeschoßumbau Rathaus
a) Schlosserarbeiten
b) Kunststeinarbeiten
c) Sanitär-Heizungsinstallations (NA)
d) Zimmermannsarbeiten (NA)

GHJ2-2946/87 Stadtgärtnerei, Blumauergasse 3 - Glashauserneuerung nach Sturmschaden.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

1) Rp-800/86 Kontrollamt der Stadt Steyr; Kenntnisnahme des Jahresberichtes 1986 gem. § 35 Abs. 3 StS.

2) SchuIV-2010/70 Erweiterung der BHAK und HBLA für wirtschaftliche Frauenberufe; Leasing-Vertrag - 5. Nachtrag; Planungs- und Bauleitungskosten.

3) Ha-6646/86 ATSV Stein; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

4) K-3900/86 Stadttheater Steyr; Abwicklung der Gastspielsaison 1987/88; Abschluß eines Werkvertrages.

5) Sport-5886/84
Ha-6627/86 1. Steyrer Freizeitklub ASKÖ Resthof; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

6) Buch-7500/86 Rechnungsabschluß 1986.

7) Präs-402/87
Präs-309/79 Personalvertretung des Magistrates Steyr; Subvention zur Durchführung von Personalbetreuungsarbeiten im Jahr 1987.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

8) K-8100/85 Inneres Wehrgrabenviertel - Gesamtgestaltung; Architektenleistungen.

9) Bau3-2830/86 Radweg Ennser Straße - Teil 2; Mittelfreigabe.

10) ÖAG-2680/84
Müllabfuhr Durchführung des Systementsorgungskonzeptes; Gewährung einer Subvention zum Ankauf von Containern.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

11) Bau3-1240/81 — Ausbau der Steiner Straße und Klosterstraße - Baulosverlängerung - 4. Bauabschnitt; Vergabe der Arbeiten und Mittelfreigabe.

12) Bau3-3033/85 — Verbindungsstraße Konradstraße - Leharstraße - Schumeierstraße; Vergabe der Straßenbauarbeiten.

13) Bau3-2178/71 — Bundesstraßenausbau BAD I; Gehsteigerrichtung und Kurvenverbreiterung in der Grenzgasse; Grundeinlöse.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

14) Bau2-5670/86 — Erstellung des Bebauungsplanes Nr. 51 "Schladergründe".

15) Bau2-5599/86 — Verbauung der Bauplätze auf den Gründen des "Allgemeinen Turnvereines"; Erstellung des Bebauungsplanes Nr. 52.

16) Bau6-1911/87 — Kanalisation Tabor-Taschlried-Resthof; Errichtung NS A 1 Taschlried RE A 19 - S 8/NK B Resthofstraße/NK C Ledwinkastraße/NK D Markusstraße.

17) Bau6-1391/87
Bau3-2392/87 — Aufschließung Prokosch-Gründe; Kanal- und Straßenbau.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

18) ÖAG-2897/87
Stadtwerke — Errichtung diverser Reduzierstationen im Erdgashochdrucknetz des Gaswerkes Steyr; Auftragsvergaben.

19) ÖAG-3090/87
Stadtwerke — Kunsteisbahn; Ankauf einer Eisoberflächenbearbeitungsmaschine (Ersatzbeschaffung).

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

20) GHJ2-1661/87 — Gemeindeeigenes Objekt Schosserstraße 2; Instandsetzungsarbeiten.

21) Bau5-2180/86 — Rathausumbau; Innenausbau mit Gipskartonwänden und Betonestrich.

22) GHJ2-2034/87 — Ankauf von Einrichtungsgegenständen für die städtischen Schulen.

23) GHJ2-2204/86	Schule Punzerstraße 73 - 75; Fenstererneuerung - 2. Etappe.
24) Bau2-2970/87	Übernahme des Grundstückes 415/22, KG. Hinterberg, in das öffentliche Gut.
25) ÖAG-2110/69	Grundtausch Stadtgemeinde Steyr - Josef Brandner.
26) GHJ2-1662/87	Gemeindeeigenes Objekt Karl-Marx-Straße 1; Instandsetzungsarbeiten (1. Bauetappe).

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf Sie begrüßen zur heutigen Sitzung des Gemeinderates, die ich damit eröffne. Ich darf feststellen, daß sie ordnungsgemäß einberufen wurde und bitte Herrn Gemeinderat Brandstötter und Herrn Gemeinderat Strasser um Übernahme der Protokollprüfung für die heutige Sitzung. Beide Herren sind einverstanden. Entschuldigt für die heutige Sitzung sind Herr Gemeinderat Eichhübl, Herr Gemeinderat Ramoser, Frau Gemeinderat Schreiberhuber, Herr Gemeinderat Schlager, Herr Gemeinderat Spöck und Herr Gemeinderat Steinparzer. Ich darf feststellen, daß die Urlaubszeit bereits begonnen hat und daher heute mehr Entschuldigungen als üblich vorliegen. Ich darf aber feststellen, daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist.
Wir kommen damit zur Behandlung von allfälligen Anfragen. Solche liegen nicht vor, dieser Punkt entfällt damit.
Unter Mitteilungen des Bürgermeisters möchte ich eingangs darauf hinweisen, daß das Stadtfest am vergangenen Wochenende,so wie immer am letzten Wochenende im Juni, programmgemäß abgeführt wurde und, begünstigt durch das schöne Wetter auch wieder ein Fest der Begegnung der Steyrerinnen und Steyrer geworden ist. Ich möchte die Gelegenheit hier benützen, um allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Stadtfest herzlich danke zu sagen. Insgesamt haben 49 Vereine teilgenommen, 26 Musik- und Kunstgruppen und nahezu 30 Firmen waren ebenfalls beim Stadtfest tätig. Es waren insgesamt mehr, so haben wir geschätzt, als 1.000 Mitarbeiter notwendig, um dieses Stadtfest abzuwickeln. Ich sage allen ein herzliches Danke.
Ich möchte auch die heutige Gemeinderatsitzung benutzen, um nochmals die herzlichsten Grüße Ihnen allen von der Delegation aus der Partnerstadt Plauen zu übermitteln. Sie haben mich ausdrücklich gebeten, dies zu tun. Am Montag ist die sechsköpfige Delegation, unter Leitung von Werner Schweiger, wieder abgereist. Wir haben wiederum Vereinbarungen getroffen, daß unsere partnerschaftlichen Beziehungen für das nächste Jahr in ähnlicher Form ablaufen werden wie heuer. Ungefähr im selben Rahmen.
Ich möchte auch eine kurze Darstellung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage bringen. Nach den letzten Mitteilungen des Arbeitsamtes Steyr ergibt sich gegenwärtig folgende Situation. Es sind insgesamt 2.112 Arbeitslose beim Arbeitsamt Steyr registriert, davon sind 1.200 Männer und 912 Frauen. Dem stehen 246 offene Stellen gegenüber. Die Stellenandrangziffer ist mit 8,6 % gegenüber dem österreichischen Durchschnitt, der rund 5 % beträgt, äußerst hoch. Der Jahresvergleich ergibt, daß zum gleichen Zeitpunkt im Vorjahr 1.778 Personen arbeitslos gemeldet waren, davon 976 Männer und 802 Frauen. Die offenen Stellen betrugen 297.
Die gesamte Arbeitslosenrate beträgt 5,6 % und liegt über dem österreichischen Durchschnitt. Für uns besonders interessant und betrüblich ist der Umstand, daß rund 60 % der Arbeitslosen auf Steyr-Stadt entfallen, 3 % auf Grünburg und Steinbach und der Rest auf das Gebiet Steyr-Land. Von den gemeldeten Arbeitslosen sind 84 Personen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren und 537 im Alter von 19 bis 25 Jahren. Hier ist der Landesdurchschnitt der Jugendarbeitslosigkeit um 2 % höher als bei uns. Wir liegen also bei den Jugendlichen im Verhältnis doch etwas günstiger.
Die wichtigsten Sparten der Arbeitslosen sind nach wie vor die Metallarbeiter (506), es folgen dann die Sparten Dienstleistung, Handel und Verkehr mit 370 und 269 Personen sowie die Büroberufe (212) und schließlich die Bauarbeiter mit 185. In den Sparten Büroberufe und Dienstleistung ist der Prozentsatz der weiblichen Arbeitslosen besonders hoch.
Ich bitte Sie um Kenntnisnahme dieses Berichtes, der uns heute durch die Arbeitsmarktverwaltung bekanntgegeben wurde.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe Ihnen noch eine Einladung zur Kenntnis zu bringen, und zwar findet am Samstag, 4. Juli, von 11.30 bis 12.45 Uhr im Festsaal des Ausstellungsgebäudes die Live-Übertragung der beliebten Rundfunksendung "Autofahrer unterwegs" statt anläßlich der Landesausstellung "Arbeit/Mensch/Mas chine. Ich wurde seitens der Frau Prof. Litschel zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen und wurde gebeten, innerhalb unseres Wirkungsbereiches für Teilnahme zu werben. Ich darf diese Einladung an Sie weitergeben. Kollege Radmoser wird im Laufe des heutigen Tages versuchen, nähere Details zu erfahren, damit unter Umständen Platzkarten oder Reservierungen für uns in entsprechender Zahl bereitgestellt werden. Das wird heute noch während der Sitzung zu klären sein.
Soweit meine Mitteilungen.
Damit kommen wir zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 Stadtstatut. Ich darf Ihnen mitteilen, daß diese Unterlagen so wie immer zu den jeweiligen Stadtsenatsitzungen an alle Mitglieder des Gemeinderates zugestellt wurden. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei. Ich bitte auch hier um Kenntnisnahme.
Damit kommen wir zu den Verhandlungsgegenständen und ich darf Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ich übernehme den Vorsitz und ersuche unseren Bürgermeister um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, im ersten Antrag an den Gemeinderat darf ich Sie bitten, den Jahresbericht des Kontrollamtes 1986 gem. § 35 Abs. 3 des Stadtstatutes zur Kenntnis zu nehmen. Ich darf darauf hinweisen, daß dieser Jahresbericht in den Gremien, im besonderen im Prüfungsausschuß, Finanz- und Rechtsausschuß, behandelt wurde und dort jeweils die einhellige Billigung gefunden hat.
Der entsprechende Antrag lautet:

1) Rp-800/86
Kontrollamt der Stadt Steyr; Kenntnisnahme des Jahresberichtes 1986 gem. § 35 Abs. 3 StS.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der vom Kontrollamt der Stadt Steyr vorgelegte Jahresbericht für 1986 wird gem. § 35 Abs. 3 StS zur Kenntnis genommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Zagler bitte!

GEMEINDERAT DKFM. DIREKTOR HELMUT ZAGLER:
Geschätzte Herren Bürgermeister, liebe Gemeinderatsmitglieder, liebe Gäste von der Presse!
Nachdem der Obmann des Kontrollausschusses für heute entschuldigt ist, möchte ich als Obmann-Stellvertreter ganz kurz das Wort an mich reißen und vielleicht mit einem Zitat beginnen: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Am besten, so hat sich das dargestellt, auch die Selbstkontrolle, die sich der Steyrer Magistrat auferlegt hat dadurch, daß das Kontrollamt im Dienst ist und der Kontrollausschuß, der Prüfungsausschuß, seine Tätigkeit wahrnimmt. Wir sind alle 36 Gemeinderäte am meisten interessiert, daß die Geschäftstätigkeit im Hause entsprechend unserer Beschlüsse abgewickelt wird. Daß hier die Grundsätzde der Wirtschaftlichkeit, der Sparsamkeit, der Zweckmäßigkeit eingehalten werden,

und daß sich hier ein politischer Ausschuß damit auseinandersetzt. Grundsätzlich ist die Kooperation in diesem Ausschuß gut. Ich spreche zwar für die Mehrheit hier in diesem Raum, aber ich glaube auch die Minderheitsfraktionen werden immer wieder feststellen. daß es dort kein Diktat der Mehrheit gibt, sondern daß ihre Rechte dort unangetastet vorhanden sind und auch genutzt werden können. Leider ist es nicht immer so, daß die konstruktive Kritik im Ausschuß im Vordergrund steht, viele Dinge werden stillschweigend von den kleinen Fraktionen zur Kenntnis genommen - nicht viele Dinge, sondern vielmehr einige - ohne die Gelegenheit zu benutzen, konstruktive Kritik zu üben, um dann meistens einige Wochen später, wenn wir uns hier im Gemeinderatsitzungssaal treffen, herauszuposaunen, wo es überall im argen liegt. Ich habe den Verdacht und glaube, ich darf ihn auch aussprechen und er wird verstanden, daß es hier wieder um diese Dinge geht, sich vor der Presse zu profilieren, der Presse einige Fressen zu liefern, die dann als große Aufmacher erscheinen.
Mein Appell hier, leider sind ja die Sprecher, die es betrifft, vor allem jener von der Grünen Front, nicht anwesend. Mein Appell wäre hier wirklich, mitzuarbeiten und mitzuwirken. Wir wären froh, innovative Beiträge zu erhalten. Aber wir sind nicht sehr froh, immer nur irgendwelche Zitate aus Zeitungen zum Lesen zu bekommen.
Grundsätzlich möchte ich diese Ausführungen schließen mit einem Dank, der vom Herzen kommt, für alle Beamten des Kontrollamtes, die sich wirklich tadellos einsetzen im Sinne dieser Sache und an der Spitze der Beamten der uns alle sehr lieb gewordene Abteilungsleiter Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann. Herzlichen Dank im Namen des Ausschusses.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ich danke Kollegen Zagler für seinen Beitrag und für die Dankesworte an das Kontrollamt. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich schließe mich natürlich auch dem Dank an an die Beamtenschaft und den Worten, die Kollege Zagler ausgesprochen hat. Nur kann ich mich seinen Ausführungen, die er hier gebracht hat, nicht vollinhaltlich anschließen, wenn er von der Mehrheit der Minderheitsfraktionen spricht. Und zwar, daß die Minderheitsfraktionen im Kontrollausschuß keine konstruktiven Vorschläge machen, sondern abwarten das Plenum und hier die Öffentlichkeit in Form der Presse benützen, um hier massive Kritik an der Kommunaltätigkeit zu üben. Dem möchte ich schon ein bißchen widersprechen, und zwar mit aller Entschiedenheit. Das gilt allerdings nur für meine Fraktion, die ich vertrete, wo ich sehr konstruktiv im Kontrollausschuß mitarbeite. Aufgrund des Statutes bin ich auch berechtigt, nicht nur mit Sitz, sondern auch mit Stimmrecht, dazu. Ich leiste dort einen sehr wesentlichen Beitrag, wenn es darum geht, bestimmte große Vorhaben oder Beschlüsse, die hier im Plenum gefaßt wurden zu überprüfen, wie weit die Richtigkeit gegeben ist. Hier muß ich wieder positiv erwähnen, daß die große Mehrheit auch diese kritische Einstellung von mir zur Kenntnis nimmt, denn mit einer Stimme könnte ich sicher nicht die Mehrheit in diesem Ausschuß überstimmen. Und es wurden auf meinen Antrag eine Reihe sehr wesentlicher Probleme kontrolliert und auch dementsprechende Maßnahmen gemeinsam beschlossen. Das nur zur Richtigstellung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Gibt es dazu noch eine Wortmeldung? Wünscht der Bürgermeister ein Schlußwort? Auch das nicht der Fall. Wir kommen daher zur Abstimmung. Wenn jemand dagegen ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Keine negative Meinung dazu, der Antrag ist angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Im nächsten Antrag geht es um die Erweiterung der BHAK und der HBLA, und zwar um einen 5. Nachtrag zum Leasing-Vertrag. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

2) SchuIV-2010/70
Erweiterung der BHAK und HBLA für wirtschaftliche Frauenberufe; Leasing-Vertrag - 5. Nachtrag; Planungs- und Bauleitungskosten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Mit Gemeinderatsbeschlüssen vom 6. 2. 1986 sowie 3. 4. 1986 wurden für die Erweiterung der BHAK und HBLA für wirtschaftliche Frauenberufe Steyr für das Rechnungsjahr 1986 insgesamt S 4,950.000,- bewilligt und freigegeben. Da im Rechnungsjahr 1986 lediglich Mittel in der Höhe von S 3,814.838,65 verbraucht wurden, wird nunmehr aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 25. 5. 1987 der Freigabe der für die Restabwicklung erforderlichen Mittel in der Höhe von S 1,005.530,70 zugestimmt.
Zum gennanten Zweck werden Mittel im Ausmaß von
S 10.000,-- (Schilling zehntausend)
bei der VA-St. 5/2220.010051.2 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 996.000,-- (Schilling neunhundertsechsundneunzigtausend)
bei derselben Voranschlagsstelle bewilligt. Die Deckung dieser kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Sie haben auch diesen Antrag gehört. Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Gibt es gegenteilige Meinungen? Stimmenthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten, dem Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention an den ATSV Stein die Zustimmung zu geben. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

3) Ha-6646/86
ATSV Stein; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 14. 1. 1987 wird dem ATSV Stein für die geplante Generalsanierung der Sportanlage eine außerordentliche Subvention in der Höhe von S 500.000,- gewährt.
Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 500.000,- (Schilling fünfhunderttausend)
werden bei der VA-St. 1/2690/777000.5 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Enthaltungen? Somit ist auch dieser Antrag einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, geht es um die Abwicklung der Gastspielsaison 1987/88 .
Die Direktion des Landestheaters Linz hat dem Kulturamt der Stadt Steyr den Spielplan für die Gastspielsaison 1987/88 im Stadttheater Steyr, Volksstraße 5, bekanntgegeben. Das Landestheater Linz hat für die kommende Gastspielsaison 17 Gastspiele angeboten.
Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

4) K-3900/86
Stadttheater Steyr, Abwicklung der Gastspielsaison 1987/88;
Abschluß eines Werkvertrages.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Die Abgeltung von 17 Gastspielen des Landestheaters Linz in der Theatersaison 1987/88 nach Maßgabe des Amtsberichtes zu den gleichen Pauschalsätzen wie in der vorigen Saison, wird genehmigt (K-2900/86). Der Magistrat Steyr wird ermächtigt, einen entsprechenden Werkvertrag abzuschließen. Die mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 26. 6. 1986, K-2900/86, festgelegten Eintrittspreise bleiben für die Gastspielsaison 1987/88 gleich.
Die Regelung über die Dienstsitze und dgl. nach dem Gemeinderatsbeschluß vom 16. 9. 1980, K-1800/80 wird beibehalten.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Sie haben den Antrag gehört. Wer wünscht dazu zu sprechen? Kollege Wieser bitte.

GEMEINDERAT WOLFGANG WIESER:
Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Die Jugendförderung sollte uns allen ein wichtiges Anliegen sein und hier vor allem im Bereich der Kultur. Man muß der Jugend einen Anreiz bieten, daß sie hochwertige kulturelle Veranstaltungen besuchen kann. Ein wichtiges Mittel dazu sind die Eintrittspreise. Wenn die Jugend solche hochwertigen Kulturveranstaltungen besucht, besteht auch die Chance,daß sie später, wenn sie wieder den vollen Preis bezahlen müssen, auch dann solche Veranstaltungen besuchen.
In diesem Sinne, sehr geehrter Herr Bürgermeister, darf ich Ihnen im Namen der ÖVP-Fraktion einen Abänderungsantrag mit folgendem Wortlaut übergeben:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, die ÖVP-Fraktion ist der Auffassung, daß Kindern,Lehrlingen, Schülern,Studenten, Präsenzdienern in Uniform sowie Arbeitslosen der Zugang zu den Veranstaltungen im Stadttheater Steyr erleichtert werden sollte. Daher stelle ich namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion gem. § 11 StS und entsprechend § 8 GOG folgenden Abänderungsantrag:
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der vorliegende Antrag zu K-3900/86 bezüglich der Abwicklung der Gastspielsaison 1987/88 und Abschluß eines Werkvertrages wird wie folgt abgeändert: Im Anschluß an den Satz "die mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 26. 6. 1986, K-2900/86, festgelegten Eintrittspreise bleiben für die Gastspielsaison 1987/88 gleich" soll als Zusatz eingefügt werden: "für Kinder, Lehrlinge, Schüler, Studenten, Präsenzdiener in Uniform sowie Arbeitslose wird auf alle Kategorien ein Nachlaß von 50 % gewährt. "

Ich ersuche um geschäftsordnungsgemäße Behandlung. Hochachtungsvoll Wolfgang Wieser.

Dieser Antrag wird von uns heute nicht das erste Mal gestellt, er ist auch nicht neu. Er erscheint uns sehr wichtig, um gerade die hochwertige Kultur und die Besucherzahlen bei diesen Veranstaltungen zu verbessern.
Ergänzend möchte ich dazu noch sagen, daß wir für den Hauptantrag stimmen werden.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, zu diesem Abänderungsantrag möchte ich eines sagen, daß der Leiter des Kulturamtes, Herr SR Dr. Lutz, zunächst auch die Ermächtigung besitzt, in Einzelfällen Ermäßigungen - das wird auch durchgeführt - bis zu 50 Prozent für diesen Personenkreis vorzunehmen. Es wird nicht überall geschehen. Darüberhinaus darf ich sagen, daß wir ein eigenes Jugend-Abonnement haben, das natürlich nicht identisch ist mit dem Theaterabonnement, mit dem Antrag, der heute hier vorliegt. Darüberhinaus möchte ich aber darauf hinweisen, daß gerade unser Jugendreferat viele Veranstaltungen für Jugendliche nicht nur organisiert, sondern sie auch so gestaltet, daß sie preismäßig diesem Alterskreis entsprechen.
Ich darf daher bitten, dem Abänderungsantrag der Österr. Volkspartei nicht die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Nach dem Sch lußwort ist eine weitere Wortmeldung nicht mehr möglich.
Wir kommen daher zur Abstimmung über den Zusatzantrag der ÖVP. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung? Gegenteilige Meinungen? Enthaltungen?
Für den Zusatzantrag: 9 ÖVP; dagegen: 21 SPÖ; Enthaltungen: 1 KPÖ.
Der Zusatzantrag ist damit abgelehnt.

Wir kommen nun zum Hauptantrag, der Ihnen heute vorliegt. Wer mit diesem Hauptantrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Im letzten Antrag, den ich Ihnen vorzulegen habe, geht es darum, ein Ansuchen um Gewährung einer Subvention seitens des ersten Steyrer Freizeitclubs ASKÖ Resthof zu beschließen. Der erste Steyrer Freizeitclub ASKÖ Resthof ist an die Stadt mit dem Ersuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Errichtung einer Freizeitsportanlage herangetreten. Der entsprechende Antrag des Stadtsenates lautet:

5) Sport-5886/84
Ha-6627/86
1. Steyrer Freizeitklub ASKÖ Resthof; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 3. 6. 1987 wird dem 1. Steyrer Freizeitklub ASKÖ Resthof für die Errichtung von Asphaltbahnen inkl. Beleuchtung und einer Vereinshütte eine außerordentliche Subvention in der Höhe von S 250.000,- gegen Vorlage entsprechender Rechnungen gewährt.
Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 250.000,-- (zweihundertfünfzigtausend)
werden bei der VA-Stelle 5/2622/777000.9 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Sie haben auch diesen Antrag vernommen. Wortmeldungen dazu? Kollege Holub bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Werter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Eigentlich müßte Kollege Spöck zu diesem Antrag sprechen, er befindet sich aber auf Urlaub. So bin ich in der Situation, Vertreter für Kollegen Spöck zu sein. Nicht gar so schön ist der Antrag, der uns da vorliegt, und zwar im Grundsätzlichen. Die Meinung meiner Fraktion ist schon mehrmals deutlich gesagt worden,daß wir nicht der Auffassung sind, daß eine Sportanlage, wie die hier gegenständliche, also im verbauten Wohngebiet, zweckmäßig ist. Diese Meinung sollte nicht nur die Meinung einer Gemeinderatsfraktion sein, sondern sie wurde auch von direkt betroffenen Bürgern hinterfragt. Es sind insgesamt 70 Bewohner der Häuser Resthofstraße 46 - 60 befragt worden. Das Ergebnis wurde auch den Herrn Bürgermeister mitgeteilt, und dieses Ergebnis möchte ich auch dem Gemeinderat der Stadt Steyr nicht vorenthalten. Grundsätzlich für eine Freizeitanlage im Resthof waren 37 der 70 Bewohner. 13 der 70 Bewohner sind absolut gegen eine Freizeitanlage im Bereich Resthof , 10 Bewohnern ist die Errichtung einer Freizeitanlage im Resthof gleichgültig und 10 der 70 Bewohner wollen keine Meinung dazu abgeben. So weit wäre das Bild einmal grundsätzlich positiv für diesen Antrag, wenn man nicht die Fragestellung weitergebaut hätte, und zwar wie sieht das jetzt mit dem Asphaltstockschießen aus? Die Freizeitanlage umfaßt ja, wie wir alle wissen, auch die Mehrzwecksportanlage des Herrn Glaser, die projektiert ist und die von vielen Bürgern unserer Stadt sehr begrüßt wird, auch von uns. Die Zustimmung zum Asphaltstockschießen ist eine eher geringe. Von 70 befragten Bewohnern haben sich 33 dezidiert gegen die Asphaltstockbahn ausgesprochen und die fehlenden 37 Bewohner befürchten eine Einschränkung ihrer Lebensqualität durch die Lärmentwicklung bzw. auch durch die erwartete Verkehrserregung. Dezidiert zusätzlich geäußert haben 26 Bewohner die Möglichkeit einer Gefahr durch erhöhtes Verkehrsaufkommen und 13 der 70 Bewohner haben gegen den Buffetbetrieb Bedenken, weil sie meinen, daß dabei Lärm erregt wird. Ich glaube man sollte diese 70 von 70 durchaus ernst nehmen. Es widerspricht wirklich der Vernunft, im verbauten Wohngebiet eine Sportanlage zu bauen, von der jedes kleine Kind weiß, daß die Sportausübung mit heftigem Lärm verbunden ist. Natürlich sind die Anhänger des Asphaltstockschießens oder auch des Eisstockschießens an das Geräusch gewöhnt und es mag auch sein, daß es in deren Ohren Musik bedeutet. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß dieses Geräusch tatsächlich von allen als hochmusikalisch und daher hochwillkommen angenommen werden wird. Hört man doch jetzt schon von Bewohnern aus dem Stadtteil Resthof, daß sie Klage führen über die Lärmerregung, die aus der Polizeisportanlage in Münichholz, also jenseits des Ennsflusses, beim Sportbetrieb mit Asphaltstockschießen entsteht. Jedenfalls ist es in höchstem Ausmaß unvernünftig, Lärmerreger zusätzlich in eng verbautes Gebiet zu bringen, dessen Bewohner grundsätzlich mit der Struktur nicht tausendprozentig einverstanden sind. Das ist sehr harmlos ausgesagt. Alle Parteien setzen sich ja bereits mit der Meinung der Bürger auseinander und auch mit der Unzufriedenheit der Wohnbevölkerung. Wir wissen doch alle, daß gerade im Stadtteil Resthof die Wohnzufriedenheit der Bewohner in Steyr am geringsten ist. Ich habe Bedenken dagegen, daß wir genau in ein ohnehin belastetes Gebiet, vielleicht auch nur mit Vorurteilen belastetes Gebiet, neue Störfaktoren einbringen. Das wäre der eine Punkt.
Wir werden also dem Antrag aus dieser einen grundsätzlichen Überlegung nicht zustimmen. Eine 2. grundsätzliche Überlegung liegt dem Nein zu diesem Antrag auch noch zugrunde, und zwar bedeutet das die finanzielle Zuwendung zu diesem Vorhaben. Es kann doch bitte nicht angehen, daß die Vereine Finanzierungsvorschläge vorschlagen, die dann nicht weiters diskutiert werden, sondern eo ipse übernommen werden. Das kann doch nicht der Zweck einer Gemeindeverwaltung sein,

daß der Verein sagt, das kostet so und soviel. Ich bringe so und soviel an öffentlichen Förderungsmitteln abgesehen von Euch auf. Den Rest übernehmt ihr, liebe Stadt. Gegen diese Vorgangsweise sind wir haargenau so wie gegen die Unsinnigkeit der Errichtung einer Asphaltbahn im Wohngebiet. Die Unsinnigkeit wird doppelt deutlich, wenn man bedenkt, daß im unmittelbaren Umkreis eine gut ausgebaute Anlage im Stadtteil Münichholz vorhanden ist, die ausgezeichnet erschlossen ist durch den dankenswerterweise errichteten Fußgängersteg. Und in unmittelbarem Umkreis, nämlich im Stadtteil Gleink, eine gut instand gehaltene Anlage- wenn auch im Vereinseigentum befindlich, aber trotzdem zugänglich - auch den Sportbegeisterten zur Verfügung steht. Wozu denn dann dieser Lärmerreger im Wohngebiet und wozu denn dann der Mittelaufwand von einer Viertel Million Schilling für ein so ungeliebtes Kind bei den Nachbarn, wie die Befragung ergeben hat. Ich bin fest überzeugt, daß jetzt ein Mitglied der sozialistischen Fraktion aufstehen und versuchen wird nachzuweisen, daß die Bevölkerung im Resthof seit Jahren auf Knien liegt, weil sie nämlich nichts anderes sehnlicher wünscht als den Lärm durch die Asphaltstöcke. Ich bin überzeugt, daß das jetzt geschehen wird und ich bitte die Anwesenden, diesen Ausführungen mit großer Aufmerksamkeit zu lauschen, damit man dann völlig die Intransparenz der Bemühungen in diesem Stadtteil erkennen möge.
Soweit die Erklärung unserer Fraktion zum Nein unserer Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Eine weitere Wortmeldung? Kollege Rohrauer bitte.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:
Die Ausführungen und die Befragung, die hier durchgeführt wurde, zeigen wieder einmal, sehr geehrtes Präsidium, werter Gemeinderat, wie man manipulieren kann. Die Tatsache, daß die Häuser 46, 48 und 50 in die Befragung hineingekommen sind, die also wirklich im rechten Winkel zur Sportanlage, geschützt durch Sommerhuber,sind und daher keine Lärmbelästigung erfahren durch die Asphaltbahnen, zeigt, daß über den Standort der Anlage und die ist nun einmal 150 m weg von den Häusern 52- 60, kein blasser Schimmer bei der Befragung bestanden hat. Die Aussage, daß alle Befragten über zu späte Informationen - das steht in diesem Zettel- und über zu wenig Detailinformationen klagten, kann nicht richtig sein. Erstens erfolgte ein Brief von mir am 9. Mai 1987 über die Lage des Freizeitzentrums. Dieser Brief erging an die wirklich betroffenen Mieter der Häuser Resthofstraße 52 - 60, deren Schlaf- bzw. Wohnzimmer oder andere Räume direkt auf diese Freizeitanlage hinausgehen. 2. Die Organisation "Mir", die sich bisher weigerte, z. B. auch nur einen Verantwortlichen zu nennen -es steht nirgends ein Name, wer hinter "Mir" steht. Es taucht die Frage auf, ob man sich vielleicht schämt, daß die Zeitschrift der ÖVP angehört - hat zur gleichen Zeit die Betroffenen zu einem Informationsabend eingeladen. Abzüglich meiner Freunde, die sich das anhören wollten, aber nicht zu den Betroffenen gehörten, waren maximal 8 Mieter aus dieser Gegend anwesend. Die Befragung dürfte offensichtlich so vorgenommen worden sein, daß negative Fragestellungen im Sinne des Fragestellers, also die Ablehnung der Asphaltbahnen, beantwortet wurden. Meine Mitarbeiter und ich setzten uns mit jedem anwesenden Mieter zusammen, erklärten ihm die Situation und die Vorgangsweise zur Errichtung der Asphaltbahnen. Und siehe da, bei Beantwortung der gestellten Fragen wurde keine Ablehnung festgestellt - auch keine Befürwortung bitte! Bei insgesamt 90 Haushalten in den Häusern Resthofstraße 52 - 60 konnten 24 Mieter nicht angetroffen werden, 4 waren dagegen, 8 war es egal. Die verbliebenen 54 Haushalte haben gegen die geplanten Asphaltbahnen nichts einzuwenden. Dies natürlich nur unter der Auflage, daß die Lärmschutzwälle errichtet werden und - das war die wichtigste Aussage - daß der Stockschützenbetrieb um ca. 21 Uhr zu Ende ist.

Diese Bedingungen werden vom ASKÖ Resthof vorbehaltlos akzeptiert. Unter diesen Voraussetzungen unterschrieben auch diese 54 Haushalte eine Unterschriftenliste, die ich hiermit auch dem Herrn Bürgermeister übergeben möchte. Daß von Seiten des Kollegen Spöck, der ja hinter dieser "Mir" steht, offensichtlich mit Betriebszeiten bis 24 Uhr gerechnet wurde - so die Aussagen der Befragten - ist gelinde ausgedrückt die Horrormeldung im Resthof.
Zum allgemeinen Teil möchte ich sagen, auch im Entwicklungskonzept der Stadt Steyr hat die ÖVP einer Freizeitanlage ihre Zustimmung gegeben. Eine Freizeitbetätigung besteht auch bei der Sportart Stockschützen, nicht nur bei den Tennisspielern oder sonstwo. Freizeitbeschäftigung betrifft sicher jede Sportart. Anlagenbau sollte dort erfolgen, wo auch dementsprechendes Interesse vorhanden ist. Deshalb ist es mir unverständlich, daß aufgrund der vorgetragenen Verhältnisse, die ich hier gesch ildert habe, die ÖVP noch immer gegen die Subvention an den ASKÖ Resthof ist.
Zur Unzufriedenheit ist allgemein zu sagen, ich möchte Ihnen da widersprechen, die Wohnzufriedenheit ist im Resthof eine gute. Die meisten Mieter sind der Meinung, daß sie gut wohnen. Es gibt sicher Probleme durch die Bautätigkeit, die sicher eine gewisse Lärmbelästigung verursacht. Es sind auch die Mopedfahrer eine große Belästigung und die Autofahrer am Ende der Resthofstraße sind eine große Belästigung. Manche sagen, daß der Gastronomiebetrieb eine Belästigung sein wird, wie Du ausgeführt hast und manche sagen, daß der der Sportanlage vorgelagerte Kinderspielplatz sicherlich auch eine Lärmbelästigung wird. Aber so weit darf es nicht kommen, daß spielende Kinder eine Lärmbelästigung sein können.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ich danke für den Beitrag. Noch eine Wortmeldung? Kollege Holub bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Eine kleine Ergänzung darauf sei mir schon noch gestattet. Der Hinweis auf das Entwicklungskonzept unserer Stadt,das in lapidaren Worten eine Freizeitanlage für den Resthof fordert und auch unsere Zustimmung gefunden hat, ist nicht ganz zulässig, wenn er nicht sophistisch geführt worden wäre, so wie wir es jetzt erlebt haben. Weil ihr nichts dagegen habt, daß die Bürger Freizeiteinrichtungen bekommen, so habt ihr dafür zu sein, daß Asphaltstock geschossen wird, weil Asphaltstockschießen auch Freizeiteinrichtung ist. So war die Argumentationsführung. Die Antwort auf den Zwischenruf, der mir jetzt gemacht wurde, das ist ein Blödsinn, kann ich nur unterstreichen - nämlich die Argumentation ist ein Blödsinn.
Ein zweiter Einwand, der gemacht wurde, die ÖVP ist gegen die Subventionen an ASKÖ-Vereine. Dem ist durchaus nicht so. Die ÖVP hat zwar gestimmt z. B. gegen die Subventionierung des ASKÖ-Minigolfsportclubs Resthof. Und zwar nicht deshalb, weil sie gegen den Minigolfsportclub ist, sondern weil sie der Meinung war, daß die Höhe der finanziellen Zuwendung unproportional ist und weil seinerzeit durch den Sprecher der Österr. Volkspartei - es war zufällig der Karl Holub - auch angeführt wurde, daß ein Minigolfsportplatz im Bereich des Polizeisportvereines ohne öffentliche Zuwendung seitens der Stadt auch errichtet wurde und sehr wohl in Betrieb ist. Daher war meine Fraktion seinerzeit der Meinung, daß man nicht alles mit Gewalt subventionieren müßte, was subsidiär auch erreicht werden könnte. So weit war die gegenteilige Meinung zum ASKÖ-Minigolfclub im Resthof und dessen Subventionierung. Soweit ist auch die Äußerung des Unbehagens hinsichtlich der Subventionierung des ASKÖ-Sportclubs im Wehrgraben mit dem Tennisplatz. Das hat überhaupt nichts damit zu tun, daß es ein ASKÖ-Verein ist, sondern das hat damit zu tun, wenn unproportional gefördert wird. Wir werden heute noch einen Tagesordnungspunkt erleben, in dem uns die wirtschaftliche Situation unserer Stadt sehr vor Augen geführt wird und wo wir - so nehme ich an - zur Mäßigung aufgerufen

werden. Ich glaube, daß wir die Pflicht zur Mäßigung auch dann haben, wenn es "paßt" .
Die Argumentation des Kollegen Rohrauer, die sicherlich nicht gehäßig vorgetragen war - ich danke für die ruhige, sachliche Art, es war ein korrekter Vortrag - hat aber die Fraktion der ÖVP nicht bewegen können, einzusehen, daß sie geirrt hätte, auch wenn Du meinst, daß die Hausbesuchsaktion der Resthofsektion repräsentativer wäre als die Hausbesuchsaktion, die die Vereinigung "Mir" gemacht hat. Die Veranstaltung, bei der Du zu Gast warst, - so habe ich mir erzählen lassen - war an sich fehl einberufen und schon wieder abgesagt. Aber die Absage war halt nicht von allen zur Kenntnis genommen worden. Das nur zur letzten Darstellung.
Im übrigen glaube ich ist schon alles gesagt, was dazu zu sagen war. Wir werden bei unserem Nein bleiben, aber nicht weil wir gegen die ASKÖ sind, sondern weil wir grundsätzlich gegen unproportionale Förderungen sind.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich bitte daher den Bürgermeister um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es ist ja kein Zufall, daß im Entwicklungskonzept in den einzelnen Stadtteilen Sportanlagen vorgesehen sind. Es ist ja nicht so, daß das irgend jemand von uns erfunden hat, sondern dieses Entwicklungskonzept ist in weiten Bereichen ein Ergebnis von Befragungen,von Stadtteilgesprächen, von Meinungen, die von den Bürgern aus den einzelnen Stadtteilen an uns herangetragen werden. Ich darf darauf hinweisen, daß in vielen Diskussionen auch im Gebiet Resthof in Stadtteilgesprächen gerade eine Sportanlage auch dieser Art sehr nachdrücklich von den Bewohnern gefordert wurde. Ich kann nicht zweierlei Maß anlegen, ich kann nicht sagen, daß die Sportlerinnen und Sportler und alle, die Sportanlagen wollen, daß daß keine Meinung von Stadtteilbewohnern ist, das andere aber sehr wohl eine Meinung von Stadtteilbewohnern ist. Man muß hier, so glaube ich, mit gleichen Gewichten wägen.
Kollege Holub, Du hast schon darauf hingewiesen auf die Minigolfanlage. Diese Anlage hat sich sehr bewährt, sie kommt sehr gut an und sie würde es nicht geben, wenn die ÖVP das Sagen hätte. Das muß man der Bevölkerung auch sagen. Sie ist nur deswegen zustande gekommen, weil mehrheitlich hier der Beschluß der Unterstützung dieser Anlage gefaßt wurde. Auch gegen die BMX-Bahn, die bei den jungen Leuten sehr gut ankommt, sind ernsthafte Bedenken Eurerseits vorgetragen worden. Das muß ich hier doch zur Kenntnis bringen. Ich glaube, daß diese Einrichtung, diese Sporteinrichtung eine Belebung des Stadtteiles bringt und für weite Bereiche der Bevölkerung bringt, sich in unmittelbarer Wohnnähe sportlich zu betätigen.
Ich bitte also um die Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ich danke dem Bürgermeister für sein Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Wer ist dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit 9 Gegenstimmen (ÖVP) angenommen.

Ich danke unserem Bürgermeister für seine Berichte und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ :
Bevor ich Kollegen Wippersberger das Wort erteile darf ich mitteilen, daß sich Kollege Radmoser bei der Landesausstellung erkundigt hat. Frau Prof. Litschel hat mitgeteilt, daß die ersten beiden Reihen am Samstag freigehalten werden, daß sich aber Mitglieder des Gemeinderates, wenn sie hinunterkommen, als solche zu erkennen geben müssen, da sie ja nicht alle bekannt sind. Es wird gebeten, sofern eine Teilnahme erwünscht ist, bis ca. 11.15 Uhr im Museumsgelände einzutreffen.
Soweit die Ergänzung meiner ersten Mitteilung.
Wir gehen nun in der Tagesordnung weiter und ich bitte als nächsten Berichterstatter Kollegen Wippersberger.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSB ERGER:
Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen!
Ich habe Ihnen insgesamt 2 Anträge zu unterbreiten.
Der erste Antrag, den ich Ihnen zu unterbreiten habe, betrifft den Rechnungsabschluß 1986. Er liegt Ihnen, insgesamt 330 Seiten umfassend, in Buchform vor und ist wie jeder Rechnungsabschluß die Zusammenfassung über die Einnahmen und Ausgaben im Berichtsjahr über die von Ihnen gefaßten Beschlüsse, das Rechnungsjahr 1986 betreffend. In der Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben im Ausmaß von 674,4 Mill. weicht der Rechnungsabschluß 1986 gegenüber dem Voranschlag einschließlich Nachtragsvoranschlag nur ganz unwesentlich, nämlich um weniger als 0,8 Mill, das ist kaum mehr als 0,1 %, ab. Ich kann mich nicht erinnern, daß Abweichungen gegenüber den Nachtragsvoranschlägen in den letzten Jahrezehnten jemals so geringfügig ausgefallen sind und ich darf hier von dieser Stelle aus für diese so präzise Arbeit der MA II, insbesonders unserem Dr. Schmidl, dafür meinen ganz besonderen Dank und die Anerkennung aussprechen. Neben dieser erfreulichen Feststellung der äußerst geringfügigen Abweichung gegenüber dem Nachtragsvoranschlag steht aber die Tatsache, daß die Einnahmenentwicklung im vergangenen Jahr keinen Anlaß zur Freude, sondern zu ernster Besorgnis gibt, im Vordergrund.
So sind die Gesamteinnahmen beim oH ohne die Entnahme von Rücklagen gegenüber von 1985 lediglich um 5,9 Millionen auf 579,2 Mill., demnach nur um 1 %, angestiegen. Die Gesamteinnahmen aus eigenen Steuern, Abgaben und und Ertragsanteilen sind gegenüber 1985 sogar um 4,5 Mill. gesunken. Hauptursache dieser rückläufigen Entwicklung bei den Einnahmen ist das Absinken der Gewerbesteuer um 17,9 Mill. gegenüber 1985. Noch erschreckender ist die Tatache, daß wir mit unseren Einnahmen nicht einmal mehr in der Lage sind, die Ausgaben beim oH abzudecken, daß wir um den oH ausgleichen zu können, 13,2 Mill. Schilling aus Rücklagen dazu heranziehen mußten. Die Feststellung, daß die Einnahmen der Gemeinde mit den Ausgaben nicht mehr Schritt halten können, ist nicht neu, aber sie war noch nie zuvor so offenkundig wie jetzt. Wir werden daher bei allen unseren Aufgaben und damit verbundenen Ausgaben uns künftighin noch mehr als bisher überlegen müssen, ob wir dazu in der Lage sind, ob wir uns das leisten können oder nicht.
Und nun konkret zum Rechnungsabschluß 1986. Die Haushaltsgebarung 1986 zeigt folgendes Bild: ordentlicher Haushalt S 583,437.976,-
außerordentlicher Haushalt S 91,008.762,-

insgesamt demnach S 674,446.738,-.
Hinsichtlich der Einnahmen fällt, wie schon von mir erwähnt, auf, daß die eigenen Steuern, Abgaben und Ertragsanteile mit 405,7 Millionen gegenüber 1985 um rund 4,5 Millionen zurückgegangen sind. Die Summe der Einnahmen aus der laufenden Gebarung beträgt insgesamt 564,1 Mill., die Summe der Einnahmen aus der Vermögensgebarung 110,3 Millionen.
Bei den Einnahmen aus der Vermögensgebarung scheint als größte Post die Darlehens-

aufnahme mit rund 40 Millionen Schilling auf, also jene Summe, die wir ursprünglich im Voranschlag als Darlehensaufnahme veranschlagt haben. Die Veräußerung von Liegenschaften erbrachte rund 28 Mill. Schilling, die Kapitaltransfers, das sind im wesentlichen Zuschüsse und Bedarfszuweisungen vom Land, 23,8 Millionen. Bei den Ausgaben in der laufenden Gebarung im Ausmaß von 521,6 Mill. sind als größte Ausgabenpost die Personalkosten mit 211,6 Mill. verzeichnet. Sie betragen immerhin 36,3 % der Gesamtausgaben und sind im Vergleich zum Jahre 1985 um 16,3 Mill. oder in Prozenten ausgedrückt, um 8,4 % angestiegen. Etwa 2/3 des Ansteigens der Personalkosten ist auf Bezugsregulierungen und rund 1/3 auf Personalvermehrung zurückzuführen. Die notwendig gewordenen Personalvermehrungen betreffen insbesonders den Reinhaltungsverband, die Mülldeponie, das Zentralaltersheim und die Kindergärten und Horte. Für Pensionen und Ruhebezüge war darüber hinaus ein Betrag von 30,6 Mill. und für Aufwandsentschädigungen für Funktionäre eine Summe von 7,9 Mill. notwendig. Für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand wurden 156,1 Mill. gebraucht und für Verbrauchsgüter, Betriebsstoffe etc. S 29,6 Mill. und für Transferzahlungen eine Summe von 78,5 Millionen. In diesen Transferzahlungen sind die Landesumlage mit 22,9 Millionen, der Krankenanstaltenbeitrag mit 19,7 Mill. und der Behindertenbeitrag mit S 8,9 Mill. mit eingeschlossen. Mit eingeschlossen bei den Ausgaben in der laufenden Gebarung ist auch eine Summe von 7,1 Mill., die die Verlustersätze an die Stadtwerke, insbesonders für das Stadtbad und die Kunsteisbahn, beinhaltet.
Die größte Einnahmenpost beim oH sind die Ertragsanteile, welche wir vom Bund erhalten, mit 197,3 Mill. Schilling. Sie sind gegenüber 1985 erfreulicherweise um rund 8,5 Mill. angewachsen. Die zweithöchste Einnahmenquelle bei den eigenen Steuern und Abgaben ist die Lohnsummensteuer mit 78,7 Mill. Auch hier ist trotz der etwas schlechteren Wirtschaftslage im vergangenen Jahr ein leichtes Ansteigen im Ausmaß von rund 2,1 Mill. feststellbar.
Die nächstgrößere Einnahmenquelle, die liegt schon weit zurück, ist, wie schon von mir berichtet, die Gewerbesteuer nach Ertrag, welche von 55 Millionen auf 37, Millionen, also um 17,9 Millionen, abgesunken ist. Für die Kanalbenützungsgebühr konnten wir Einnahmen von 24,5 Mill. verzeichnen. Die Getränkesteuer erbrachte 22 Mill., ein Plus von 2,1 Mill. gegenüber 1985 infolge des heißen Sommers. Die Einnahmen für die Grundsteuer erbrachten 18,3 Millionen, die Einnahmen durch die Müllabfuhr 9,1 Millionen, um nur die wichtigsten zu nennen.
Insgesamt gesehen, das darf ich nochmals feststellen, sind aber die Einnahmen aus den eigenen Steuern, Abgaben und Ertragsanteilen gegenüber 1985 um rund 4,5 Mill. auf 405,7 Mill. abgesunken - bedauerlicherweise.
Die Gesamtausgaben des oH betragen 583,4 Mill. und sind gegenüber dem Vorjahr um 19,2 Mill. oder 3,4 % gestiegen. Davon allein, wie schon von mir erwähnt, Mehrausgaben am Personalsektor von 16,3 Millionen. Nicht uninteressant ist sicherlich auch der Zuschußbedarf für die einzelnen gemeindeeigenen Anstalten und Einrichtungen. Der Beitrag z. B. für die Freiwillige Feuerwehr im Rechnungsjahr 1986, rund 3,9 Millionen, um rund 800.000,- mahr als 1985, für das gesamte Schulwesen 32,6 Mill, ein Anstieg um rund 2,5 Millionen gegenüber 1985. Für die Kindergärten, Tagesheimstätten und Horte ist der Zuschußbedarf von 17,4 auf 19,8 Millionen, also um 2,4 Millionen angestiegen.
Der Zuschußbedarf für die Volkshochschule hat sich um S 200.000,- auf 2,2 Mill. erhöht. Für die Volksbücherei beträgt der Zuschußbedarf 2,3 Mill., eine Erhöhung um rund 150.000.- S.
Für unsere beiden Theater S 4,240.000,-, eine Erhöhung um 1,4 Millionen, das Heimathaus eine Summe von 1,3 Millionen, um 300.000,- ist hier der Zuschußbedarf gegenüber 1985 abgesunken. Für unser Zentralaltersheim 23,3 Millionen gegenüber dem Rechnungsabschluß 1985, eine Verminderung um 1,2 Millionen, hierzu ist jedoch noch zu vemerken, daß darüber hinaus eine Summe von 7,7 Millionen seitens des So-

zialhilfeverbandes, unserer MA V, für die Insassen des Heimes noch zusätzlich geleistet wurde. Unsere Leistung für die Insassen des ZAH beträgt demnach eine Summe von 31 Millionen.
Für die Straßenreinigung, hier konnten Einsparungen im Ausmaß von mehr als 3 Millionen erzielt werden, hierliegt der Zuschußbedarf bei 12,4 Millionen. Hervorgerufen wurden die Einsparungen im wesentlichen beim Aufwand für den Winterdienst.
Für Park-, Gartenanlagen und Kinderspielplätze war ein Zuschuß von rund 10 Mill., um 1,8 Millonen mehr als noch 1 Jahr zuvor, erforderlich. Die öffentliche Beleuchtung erforderte 9,1 Mill., um rund 500.000,- mehr als 1985.
Der Wirtschaftshof mit 3,9 Millionen Zuschußbedarf 1986 gegenüber 1985 ein Plus von 2,7 Millionen. Und für Wohn- und Geschäftsgebäude der ungefähr gleich hohe Betrag wie 1985, nämlich 1,8 Mill rund.
Und non auch noch ganz kurz zum aoH. Die Ausgaben des aoH in Höhe von 91 Mill. Schilling fanden ihre Deckung vor allem durch Darlehensaufnahmen, wie schon von mir erwähnt, in Höhe von 40 Millionen Schilling durch Zuschüsse und Bedarfszuweisungen des Landes und Bundes im Ausmaß von 22 1/2 Millionen, durch Veräußerung von Liegenschaften mit knapp 28 Millionen, um nur die wichtigsten dieser Einnahmequellen zu nennen.
Die in der Gruppe öffentliche Ordnung und Sicherheit getätigten Gesamtausgaben von 2,1 Millionen betreffen ausschließlich Ausgaben für die Freiwillige Feuerwehr. Die Ausgaben der Gruppe Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft sind mit 15,3 Millionen ausgewiesen. Als größte Ausgabenpost sind darin der Ausbau der Sportanlage Rennbahn mit 8,8 Millionen, die Zahlung für die BAK, BHAK und HTBLA mit 4 Millionen und die Errichtung des Volksbildungshauses in der Stelzhamerstraße mit 1,1 Millionen zu nennen.
Von der Gruppe Kunst, Kultur und Kultus mit 10 Millionen Schilling entfielen auf Kapitaltransferzahlungen für den Verein Museum Arbeitswelt 5,3 Mill. und auf die Altstadterhaltung und Ortsbildpflege 4,8 Mill. Schilling. Für die Wohnbauförderung gelangten 3,5 Mill. Schilling zur Auszahlung.
Bei der Gruppe Straßen- und Wasserbau sowie Verkehr mit Aufwendungen von 29,6 Mill. sind als größere Ausgabenposten der Brückenbau im Wehrgraben mit 11,4 Mill., der Schloßleitenweg mit 5,9 Mill., die Regulierung der Steiner Straße mit 1,7 Mill, der Straßenbau am Dachsbergweg mit 1,7 Mill., der Straßenbau Kammermayr- und Arbeiterstraße mit 1,6 Millionen und der Straßenbau im Wehrgraben mit 1,2 Millionen beinhaltet.
Für die Wirtschaftsförderung wurden 3,2 Millionen zur Verfügung gestellt. Diese Summe liegt zwar wesentlich unter jener von 1985, aber nur dadurch, da wir die für 1986 vorgesehenen Förderungen für die Betriebsansiedlung BMW im Ausmaß von 2,5 Millionen und der Zuschuß für den Bau der Lehrwerkstätte mit 1 Millionen erst Anfang des Rechnungsjahres 1987 zur Auszahlung brachten. Die Aufwendungen der Gruppe Dienstleistungen mit 14,8 Millionen setzen sich im wesentlichen aus Ausgaben für Abwasserbeseitigung, insgesamt 8,5 Millionen, für die Müllbeseitigung mit 3,4 Millionen und für die Sanierung des Schlosses Engelsegg mit 2,2 Millionen zusammen. Die Rücklagenentwicklung, um auch darauf zu sprechen zu kommen, ist leicht negativ. Der Rücklagenbestand hat sich im Berichtsjahr von 46,2 Millionen auf 45,7 Millionen, also um rund 0,5 Millionen verringert.
Und nun zu unserer Verschuldung.
Infolge der Kreditaufnahme von 40 Millionen Schilling beträgt nach Abzug der Tilgung im letzten Jahr im Ausmaß von 16,8 Millionen der Schuldenstand unserer Stadt am Ende des letzten Jahres S 487,927.000,-. Der Schuldendienst betrug im letzten Jahr 53,740.000,-, die Pro-Kopf-Verschuldung beläuft sich mit Jahresende 1986 auf rund S 12.500,-.
Der städtische Wirtschaftshof weist in seiner Betriebsabrechnung 1986 einen Abgang von 2,1 Millionen auf, die Stadtwerke einen Verlust von 12,2 Millionen Schilling.

Die Aktiva und Passiva der Stadtwerke betrugen mit 1 986 S 266,755.000,- und unter Berücksichtigung des ausgewiesenen Verlustes von 12,2 Millionen beträgt das Reinvermögen S 87,235.000,-.
Der Verkehrsbetrieb weist einen Verlust von 5,4 Millionen und das Stadtbad 5,2 Millionen auf, die Kunsteisbahn rund 1 Million. Die Stadt hat, wie schon von mir erwähnt, an die Stadtwerke S 7,136.000,- zur teilweisen Abdeckung ihrer Verluste bezahlt im letzten Jahr.
Nun zur Vermögensrechnung. Sie verläuft ebenfalls ungünstig, man könnte fast sagen dramatisch. Die Aktive der Vermögensrechnung betragen S 833,616.000,-, die Passiva S 556,560.000,-, das ergibt ein Reinvermögen per 31. 12. 1986 von S 276,455.000,-. Das ist gegenüber dem 1. 1. 1986 eine Vermögensverringerung im Ausmaß von 42,6 Millionen. Im Berichtsjahr sind die Aktiva um 15,6 Millionen gesunken und die Passiva um rund 27 Millionen gestiegen. Das ergibt, wie schon erwähnt, eine Vermögensverringerung von 42,6 Millionen. Die Verrringerung der Aktiva ist im wesentlichen auf die Abnahme bei den voranschlagsunwirksamen Gebarungsvorschüssen um 39,4 Millionen entstanden. Hier schlägt sich die Verselbständigung des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung insbesonders zu Buch.
Bei den Gebäuden und Grundstücken die Abschreibung mit 11,2 Millionen, bei den nicht fälligen Verwaltungsforderungen mit 6,1 Millionen und bei nicht fälligen Darlehensforderungen mit 2,9 Millionen zurückzuführen. Die Erhöhung der Passiva ergibt sich vor allem aus der Zunahme der nicht fälligen Darlehensschulden um 23,3 Millionen und der Passiva der Stadtwerke mit 5,9 Millionen.
Verehrte Kolleginnen und Kollegen, im Rechnungsabschluß finden Sie wie immer auch wieder den Sammelnachweis über die Leistungen für das Personal, über Pensionen und sonstige Ruhebezüge, den Dienstpostenplan, einen Nachweis über Zuweisungen, Zuschüsse oder Beiträge von und an Gebietskörperschaften, einen Nachweis über den Stand an Rücklagen, Zuführungen und Entnahme, über den Schuldenstand und Schuldendienst, einen Nachweis über den Stand der Darlehens- und Verwaltungsforderungen und Schulden, über offene Bestellungen, über den Stand an Wertpapieren und Beteiligungen sowie über Haftungen über die Vergütungen zwischen Verwaltungszweigen sowie die Rechnungsabschlüsse des städtischen Wirtschaftshofes, der Stadtwerke und auch die Dr. Wilhelm-Groß-Stiftung.
Meine Damen und Herren, ich habe mich in meinen Ausführungen zum Rechnungsabschluß 1986 auch diesmal kurz gefaßt und mich auf einige mir wichtig scheinende Aussagen beschränkt, liegt Ihnen doch der Rechnungsabschluß in all seinen Details schriftlich vor und ich darf nunmehr den diesbezüglichen Antrag an den Gemeinderat zur Verlesung bringen.

6) Buch-7500/86
Rechnungsabschluß 1986.
Der Gemeinderat wolle beschließen: (Beilage)
Der Rechnungsabschluß der Stadt Steyr für das Finanzjahr 1986 wird mit
Einnahmen und Ausgaben (Anordnungs-Soll)

im ordentlichen Haushalt von	S 583.437.976,16
im außerordentlichen Haushalt von	S 91,008.762,29
somit insgesamt von	S 674.446.738,45

genehmigt.
Weiters wird die Bilanz der Stadtwerke für das Finanzjahr 1986 mit Aktiva und Passiva in Höhe von S 266.775.158,51 genehmigt.

Ich bitte unseren Herrn Bürgermeister, über den vorliegenden Antrag die Diskussion abführen zu lassen bzw. die Abstimmung herbeizuführen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Kollege Treml hat schon gesagt, da bleibe ohnehin nur mehr ich. Es schaut so aus, als würde es heute etwas schneller gehen.
Das Bild des Rechnungsabschlusses, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, hat uns der Finanzreferent in allen Zahlen sehr deutlich aufgezeichnet. Es wäre eine wirklich große Unsinnigkeit, wenn ich jetzt wiederholte die, wie wir wissen, gleiche Art und Weise der Zusammenstellung von Zahlen und die gleichen Vergleiche anzustellen. Ich denke, das sollten wir nicht tun, wir haben es alle auf Anhieb verstanden. Wir haben alle auf Anhieb verstanden, daß es so schlimm, wie es beim Nachtragsvoranschlag ausgeschaut hat, nicht gekommen ist. Jetzt müssen wir uns die Frage stellen, woher kommt das eigentlich, daß es jetzt auf den ersten Blick nicht ganz so schlimm ausschaut, wie im Dezember, als wir über den Nachtragsvoranschlag beraten haben. Die Antwort ist teilweise gegeben worden durch die Auflösung der Vorfinanzierungskonten aus dem Reinhalteverband, daraus hat sich ein Geldfluß ergeben, der zwar im Buch der Stadt stattgefunden hat, aber nicht in dem voll ersichtlichen Buch. Er ist von dem nicht ersichtlichen Buch in das ersichtliche Buch übergegangen, dadurch haben wir im ersichtlichen Buch der Stadt plötzlich etwas mehr Geld zur Verfügung und im nicht ersichtlichen Buch ist es an sich so geblieben wie es war, nur in einer anderen Rechtskörperschaft. Also nicht im Vorbuch in den Vorfinanzierungskonten des Reinhalteverbandes, sondern im autonomen Reinhalteverband, für den wir aber mit etwa 75 % den Kopf hinhalten müssen, für den wir etwa 75 % der Kreditmittel bedienen müssen. Das heißt, 75 % der Zinsen zahlen und 75 % der Rückzahlungsraten zahlen. Das ist eine ganz wesentliche Hinzufügung zu dem, was Kollege Wippersberger gesagt hat, weil sich daraus auch die laufende zukünftige Belastung der Stadt deutlich absehen läßt, wenngleich diese Belastung der Stadt im Rechnungsabschluß ausgewiesenen Schuldenstandsbericht nicht ersichtlich ist. Darum habe ich gesagt aus dem Unsichtbaren ins Unsichtbare hat es die Verschiebung gegeben und positiv hat sich das im Sichtbaren ausgewirkt. Die Versuchung könnte groß sein, daß man sagt, so schlimm war es nicht, tun wir flott weiter. Ich glaube aber, es ist allen ziemlich deutlich, daß die Situation gar nicht so gut ist.
Wir haben den ordentlichen Haushalt, das hat Kollege Wippersberger ja schon gesagt, ausgeglichen abschließen können durch Rücklagenentnahme. Denken wir einige Jahre zurück, da haben wir noch 19, 20, manchmal auch weniger Millionen Schilling für die sonstigen Vorhaben der Stadt aus dem ordentlichen Haushalt aufwenden können. Jetzt ist es so weit, daß wir vom eigenen Speck, persönlich täte es einem ja manchmal ganz gut, wenn man vom eigenen Speck zehren könnte. Aber wenn wir vom eigenen Speck der Stadt zehren müssen, sprich vom Vermögen den laufenden Aufwand bedienen müssen, bedeutet das ganz einfach einen Substanzverlust, der beklagenswert ist. Widerspiegeln tut sich das Ganze, das wurde auch von Kollegen Wippersberger schon dezidiert ausgeführt, in der Vermögensrechnung und in der Schuldenstandsentwicklung. Da möchte ich hier die einzige Wiederholung des eben Gesagten machen, die Vermögensabnahme um 42,6 Millionen resultiert in einer Abnahme der Aktiva, also dessen, was wir haben und einer Zunahme dessen, was wir nicht haben. Das ergibt unter dem Strich einen Abgang unseres städtischen Vermögens um 42 Millionen auf nunmehr unter 300, nämlich deutlich unter 300 Millionen, auf 276 Millionen. Parallel dazu müssen wir aber betrachten die Schuldenstandsentwicklung, die ja da drinnen enthalten ist. Aber das zeigt uns so deutlich die Schere, die sich da auftut. Daß die Darlehensneuaufnahmen von 40 Millionen Schilling nur zu einem Netto-Schuldenstandszuwachs von 23,3 Millionen Schilling aufgerundet geführt haben, weil die anderen, neu aufgenommenen, wieder kompensiert wurden durch Darlehenstilgungen.

16 Mill. etwa haben wir Darlehen getilgt, 16,8 Mill. Schilling, also nicht ganz 17 Mill. Schilling. 34,9 Mill. Schilling haben wir Zinsendienst geleistet. Das bedeutet, der Schuldendienst hat 51,7 Mill. Schilling betragen. Wenn man jetzt haarspalten würde, so müßten wir uns sagen, für den Schuldendienst haben wir Schulden gemacht. Aber das Geld hat ja kein Mascherl, und schon gar nicht in einem Jahresabschluß. Unter dem Strich ist auch der Schuldendienst Bestandteil der Gebarung und die Gebarung wurde eben bedeckt mit verschiedenen Mitteln, deren Herkunft uns ja vom Finanzreferenten schon geschildert wurde. Ein Teil davon ist die Darlehensaufnahme. Ein Teil davon ist die Rücklagenentnahme, die ja in Summe einen ganz erklecklichen Betrag ausgemacht hat. Wir haben entgegen den Prognosen des Nachtragsvoranschlages - da ist jetzt die Abweichung wieder zu erkennen, wenngleich per Saldo und das wurde auch schon gelobt - exakt wie noch nie im Nachtragsvoranschlag budgetiert wurde. Das Kompliment kann ich nur unterstreichen und weitergeben. Beinahe ist der Rechnungsabschluß kongruent mit dem Rechnungsvoranschlag. Die Verschiebung ist in der Struktur der Fläche. Also flächendeckend sind wir, die Fläche ist aber in sich selbst anders gemustert.
Die Zuführung zu Rücklagen, dazu muß man sich in die städtischen Finanzen etwas vertiefen . Wenn man Schulden aufnimmt und dabei dann wieder Rücklagen bildet, so scheint das auf den ersten Blick unlogisch, ist es aber nicht. Das liegt eben in der Haushaltstechnik so begründet und man kann nicht sagen, hätten wir doch um 13 Mill. Schilling weniger Schulden aufgenommen, das wäre vernünftiger gewesen. So einfach spielt es sich halt nicht ab in der städtischen Buchhaltung. Wenn auch die Rücklagenentwicklung nicht so dramatisch negativ war wie wir im Dezember noch gemeinschaftlich befürchtet haben, so ist es aber dennoch notwendig, die Negativentwicklung, die der Finanzreferent aufgezeigt hat, noch einmal zu unterstreichen. Die Negativentwicklung der Rücklagen bedeutet zweifellos, daß wir in den nächsten Jahren mit weniger Optimismus auf Reserven, seien es jetzt stille oder offene Reserven, rechnen können, wenn wir an die Bewältigung unserer Aufgabenstellung herangehen sollten. Da rufe ich in Erinnerung, daß wir bis 1991 in den städtischen Kanalbauabschnitten 05 und 06 noch 171 Millionen Schilling in Summe verbauen werden müssen, ob wir wollen oder nicht. Nur dann, wenn wir das verbauen, kann die Kläranlage, die uns so hoch belastet, ihren Sinn haben. Vor diesem finanziellen Hintergrund spielt sich eine ganze Reihe, so hoffe ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, finanzieller Überlegungen ab, die wir jetzt auch im laufenden Jahr, das ja schon wieder zur Hälfte vorbei ist, - so schnell vergeht die Zeit - noch anstellen werden müssen. Es ist nicht der scheele Blick auf die ASKÖ, der veranlaßt zum Mahnen. Sind wir doch vorsichtig mit den Förderungen, bleiben wir doch da im Rahmen der Verhältnismäßigkeit. Die Verhältnismäßigkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird sehr schnell gefunden, wenn der Subventionswerber nicht von der ASKÖ kommt. Da ist die Verhältnismäßigkeit sehr schnell da bzw. wird sie auch manchmal sehr deutlich unterschritten. Die Verhältnismäßigkeit wird nicht gewahrt, wenn der Subventionswerber von der ASKÖ kommt oder von ähnlichen Institutionen. Ich erspare mir jetzt die Aufzählung, das wäre nämlich eine ganz nette Liste. Aber führt Euch bei Euren Entscheidungen auch einmal vor Augen, was Ihr letztendlich macht mit diesen Entscheidungen. Der Finanzreferent führt Klage über die finanzielle Entwicklung der Stadt. Ich erspare mir einen weiteren Kommentar, jeder kann sich selber ausmalen, was der nächste halbe Satz sein müßte, den ich jetzt nicht sagen will.
Wir stehen vor einer Schere der sinkenden Einnahmen zu steigenden Ausgaben. Zu steigenden Ausgaben, die wir nicht beeinflussen können. Es ist logisch, daß das Personal im Haus ein angestammtes Recht hat auf Auszahlung von Gehältern. Das ist ganz logisch. Es ist bedauerlich, daß wir nicht beeinflussen können die eigenen Einnahmen, wenngleich ich, Kollege Wippersberger, das Bild der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag nicht so sehen kann wie Du, weil wir beide haargenau wissen, daß die Steuereinnahmen mit den 55 Millionen seinerzeit, das war 1985, aus einer

Nachzahlung resultieren. Der langjährige Durchschnitt hat sich von 31 auf jetzt 37 Millionen linear entwickelt. Die wahre Fehlsituation kommt nicht im rapiden Abnehmen der Gewerbesteuer alleine, sondern im konstanten Abnehmen aller öffentlichen Einnahmen. Die Steuerseite selber ist nicht rückläufig. Wenn wir das a-typische Jahr 1985 ausklammern, dann war noch einmal ein a-typisches Jahr, das war das Jahr 1981, da haben wir auch wieder eine große Nachzahlung aus dem Bereich der Steyr-Daimler-Puch gehabt mit 55 Millionen, so verhält sich das Steueraufkommen, das aus den normalen Möglichkeiten unserer Gemeinschaft herkommt, überschaubar.
Wir haben gewisse Einnahmenschübe aus dem eigen beeinflußbaren Bereich, das heißt Gebühren, Budgetkapitel 8, wo wir am Weg von Tariferhöhungen, die wir entweder einhellig oder mehrheitlich beschlossen haben als Kollegialorgan, für zusätzliche Einkünfte sorgen. Aber wir haben dieses konstante Ansteigen der Einnahmen jedenfalls nicht in dem Verhältnis, wie die Ausgaben steigen. Das wurde ganz deutlich vom Finanzreferenten gesagt.
Wenn wir die Einnahmenstruktur im ordentlichen Haushalt mit dem Atem - den Vergleich habe ich schon einmal gebracht - der uns zur Verfügung steht, vergleichen, dann müßten wir vom Haushaltsquerschnitt die Positionen 1 und 2, eigene Steuern und Abgaben, Ertragsanteile und die Position 2, Einnahmen aus Leistungen, Gebühren, das sind in Summe 510 Millionen Schilling heranziehen. Das ist der Vergleichswert, auf dem alle unsere Überlegungen zu fußen haben. Das sind die einzigen Quellen des Haushaltes, die einzigen Stellen des Haushaltes, die wir mehr oder weniger, direkt oder indirekt, beeinflussen können, auf die wir Einfluß nehmen können, das habe ich schon gesagt, und die wir daher auch kalkulieren können. Wenn wir außer acht lassen, daß die Atemhilfen, das sind die Transfereinnahmen und die sonstigen Einnahmen mit etwa 10 Prozent - das zieht sich auch über alle Jahre durch - des eigenen Atems heranziehen, dann kommen wir auf die bereits geschilderte Zahl von 564 Millionen Schilling, die aus eigenen Einnahmen im ordentlichen Haushalt zur Verfügung stehen. Mit diesem Rahmen müssen wir umgehen, in diesem Rahmen können wir uns bewegen und diesen Rahmen dürfen wir wahrscheinlich nicht überschreiten, wenn wir nicht riskieren wollen, daß wir in unfinanzierbare Situationen schlittern, wenngleich wir ja durch das Übernehmen von übergeordneten Aufgaben - ich erinnere nur an die Bundesschulbauten, die wir vorfinanzieren müssen, ich erinnere an verschiedenes anderes - in Situationen kommen, daß wir uns dann nicht einmal mehr den unbedingt notwendigen Kanalbau leisten können.
Das ist die nackte und einfache Wahrheit, vor der wir stehen und die wir auch überblicken müssen, wenn wir am Ende eines Rechnungsjahres Rückschau halten auf das vergangene Jahr und vielleicht dann und wann auch ein wenig Selbstkritik üben mit dem, was wir beschlossen haben.
Wir haben die Aufgaben in einer Situation, die ich als ernst aber nicht hoffnungslos bezeichnen möchte, zu bewältigen, wir haben die großen Umweltmaßnahmen zu bewältigen, wir haben das Personal, das unser Rathaus braucht, bei dem Verwaltungskörper von etwa 830 Mitarbeitern sind wir eine personellanzahlmäßig eher sparsame Verwaltung, wenn wir andere Städte im Vergleich dazu heranziehen. Das möchte ich auch ausdrücklich sagen. Anzahlmäßig sind wir also eine außergewöhnlich, zumindest eine auffällig sparsame Verwaltung. Wir haben das Riesenproblem der sozialen Aufgabenstellung. Das bedeutet die Problematik des zentralen Altersheimes, das bedeutet die Problematik der Nichtunterbringung von verschiedenen Bürgern im zentralen Altersheim. Dadurch, daß wir sie nicht unterbringen, sind ja deren Probleme nicht bewältigt. Das bedeutet die Aufgabenstellung hinsichtlich der Arbeitsmarktförderung in unserer Stadt - vielleicht werden wir heute noch darauf zu sprechen kommen bei einem anderen Tagesordnungspunkt. In dem Aspekt ist die Wirtschaftsförderung zu sehen, obwohl sie an sich vom Gesetzgeber her gar nicht Aufgabe der Stadt wäre. Das muß man auch sagen.

Aber Wirtschaftsförderung ist auch Aufgabenstellung einer Kommune. Denn nur durch eine gesunde Wirtschaft werden wieder Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt. Das ist keine Weisheit, die ich von hier aus verkünde, sondern das weiß jeder. Ob man es sich laut zu sagen getraut oder nicht. Je gesünder unsere Betriebe sind, desto weniger werden wir als Gemeinschaft abhängig von Einflüssen, die von den ganz Großen ausgehen. Momentan sind wir nicht sehr glücklich damit, was wir da erfahren müssen.
In diesem Sinne geben wir seitens der Österr. Volkspartei natürlich nicht laut jubelnd diesem Rechnungsabschluß unsere Zustimmung, gnau so wenig wie der Referent laut gejubelt hat beim Vortrag. Aber mit uneingeschränkter Anerkennung für die Beamten, die mit der Erstellung des Zahlenwerkes zu tun gehabt haben. Meine Hochachtung, Herr Rechnungsdirektor, es war eine hervorragende Arbeit und mit der Bitte an die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen, auch an jene, die momentan nicht im Raum sind, um Vernunft bei der Planung von Ausgaben und an die Verantwortlichen in dieser Stadt mit der Bitte um sorgfältige Planung der Ausgaben bei der Überlegung deren Zweckmäßigkeit, Notwendigkeit und Finanzierbarkeit. In diesem Sinne unser Ja zu diesem Rechnungsabschluß.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke Kollegen Holub für seinen Beitrag. Nächster Redner ist Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Werte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!
Uns liegt heute ein umfangreiches Rechenwerk mit - wie schon angeführt wurde - 329 Seiten zur Behandlung vor, in dem in Zahlen die ökonomische Entwicklung unserer Stadt sich widerspiegelt. Ich habe bereits bei der Beschlußfassung des vorläufigen Rechnungsabschlusses in der Gemeinderatsitzung am 5. März die Auffassung der KPÖ-Fraktion zum Finanzjahr 1986 zum Ausdruck gebracht. Der nun vom Finanzreferenten Kollegen Wippersberger in seinen Grundzügen vorgetragene Rechnungsabschluß bestätigt eigentlich meine damalige Auffassung, daß auch die Stadt Steyr immer mehr Aufgaben preisgibt, die für die Bevölkerung unbedingt erforderlich sind.
Die Ziffern des Rechnungsabschlusses 1986 zeigen wiederum deutlich, daß weder der Bund, noch das Land bereit sind, die erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen. Durch eine solche meiner Meinung nach gemeindefeindliche Finanzpolitik wächst natürlich die Stadtverschuldung von Jahr zu Jahr weiter an. Derzeit ist Steyr mit 488 Mill. Schilling verschuldet und die Pro-Kopf-Verschuldung wurde bereits vom Finanzreferenten angeführt, liegt mit Ende des Jahres 1986 bei S 12.500. Allein für den Schuldendienst waren im Vorjahr 53,7 Millionen erforderlich.
Aber der Rechnungsabschluß zeigt auch somit deutlich, wie notwendig die von uns verlangte Sonderförderungsaktion für die Krisenregion Steyr gewesen wäre. Steyr wurde bis heute nur mit leeren Versprechungen der Landes- und Bundespolitiker bei Sonntagsreden abgespeist.
Eines ist auch mit eine Ursache, daß die Unternehmersteuer, die Gewerbesteuer, besonders durch die Großbetriebe um rund 18 Millionen Schilling weniger entrichtet wurde. Betriebe, wie die Steyr-Werke, das BMW-Werk Steyr und andere, entrichten seit 1985 oder bereits schon länger keine Gewerbesteuer. Daher die gleichmäßige Entwicklung, wie Kollege Holub angeführt hat, nur mit Unterschieden, wo eben Nachzahlungen vor 6 Jahren in größerem Ausmaß erfolgten.
Aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, der Großteil der Gewerbesteuereinnahmen in unserer Stadt stammt von den kleinen Steyrer Geschäftsleuten und von den Gewerbetreibenden. Die Zahlen des Rechnungsabschlusses zeigen auch die Tendenz, daß die Stadtfinanzen stagnieren bzw. die Finanzkraft weiter rückläufig ist.
Die Ursache der Schwächung der Finanzkraft der Stadt liegt vor allem im Finanzausgleich, der in keiner Weise geeignet ist, die zunehmenden Finanzschwierigkeiten,

wie sie in der Jahresrechnung 1986 zum Ausdruck kommen, zu mindern, geschweige denn notwendige Investitionstätigkeiten anzukurbeln. Durch eine solche Politik, die von den Spitzenpolitikern der sozialistischen Partei und auch der Österr. Volkspartei im Städtebund und auch in der Bundespolitik der Bundesregierung zum Ausdruck kommt, wird es auch für unsere Stadt immer schwerer, nur die Pflichtausgaben und anstehenden Probleme zu erfüllen.
Die Region Steyr droht mehr und mehr zum Zentrum der österreichischen Arbeitslosigkeit zu werden. Hilfsmaßnahmen zeigen nur begrenzte Wirkungen und müssen, so meine ich, deutlich verstärkt werden. Viele Versprechungen haben sich überhaupt als Seifenblase erwiesen und auch die mehr als großzügige Förderung für das ausländische Kapital konnte nicht verhindern, daß die Stadt Steyr, die Region, neuen Höhepunkten der Arbeitslosigkeit, wie sie auch schon Kollege Schwarz in seiner Einleitung angeführt hat, zustrebt. Aber warum, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das so? Zur Erklärung dieser Erscheinung möchte ich auf die Entwicklung im bedeutendsten Betrieb unserer Region, auf die Steyr-Werke, zurückgreifen. Es ist unmöglich, den Abgang an Arbeitsplätzen der letzten Jahre durch die angeführten Maßnahmen aufzufangen. Alleine seit dem Jahre 1980 wurden in den Steyr-Werken mehr als 3000 Arbeitsplätze vernichtet. Nun, wie Sie sicher alle wissen, sind weitere 1200 Arbeitsplätze, davon wiederum ein Großteil in der Region Steyr, bedroht. Eine Lösung des regionalen Arbeitslosenproblemes ist also nicht bei den sogenannten flankierenden Maßnahmen zu suchen, sondern bei einer Konzernpolitik, die die Steyr-Werke wieder zum Motor der Wirtschaftsentwicklung unserer Stadt Steyr, aber damit auch der gesamten Region, macht.
Wir Kommunisten haben auch hier im Gemeinderat und im Betriebsrat in den Steyr-Werken immer wieder davor gewarnt, den Konzern zu zergliedern und über die Zergliederung an das ausländische Kapital auszuliefern. Die Entwicklung hat uns aber leider recht gegeben. Im Gegensatz zu den anderen Parteien und Fraktionen, die sich - so möchte ich sagen - von der Entwicklung überrollen ließen, haben wir ein umfassendes Konzept erarbeitet, das ein Paket von geeigneten Maßnahmen enthält,um der Produktion in den Steyr-Werken wieder eine Zukunft zu geben. Wir wollen uns mit der Zerstückelung des Werkes und der massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen nicht zufrieden geben, sondern schlagen eine grundlegend andere Politik vor, die auch vom gesamten Gemeinderat unterstützt werden müßte. Freilich wissen wir, daß ein Umdenken und vielmehr noch ein anderes Handeln nicht ohne Reibungsflächen abgehen werden, die den Kurs der Demontage der Arbeitsplatzvernichtung und des Sozialabbaues eingeschlagen haben. Die Spitzenpolitiker, die Eigentümervertreter, nämlich Androsch und das Management, werden nicht freiwillig von dem Kurs abgehen, von dem sie sich offenbar selbst Vorteile versprechen. Die Politiker der SP und auch der ÖVP auf Betriebs- und auch Gemeindeebene lassen hin und wieder starke Worte hören. In der Praxis hängen sie aber am Gängelband ihrer eigenen Genossen und Freunde in der Regierung und den Großbanken. So kommt es auch, daß immer stärker sie auch in Schwierigkeiten kommen.
Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, müssen sich nun entscheiden, was Ihnen wichtiger ist. Das Schicksal tausender Steyrer Arbeiter und Angestellter und deren Familien oder das Wohlwollen ihrer hochprivilegierten und unsozialen Bonzen in Wien, die obendrein jede Befähigung vermissen lassen, wie dies kürzlich auch Kollege Pimsl ausdrückte, die österreichische Fahrzeugindustrie hier in Steyr wieder zu dem zu machen, was sie aufgrund des Fleißes ihrer Arbeiter, Angestellten, Techniker und auch der Qualität ihrer Produkte sein könnte.
Bereits bei der Haushaltserstellung für das Jahr 1986 verlangte ich und mit mir auch, so glaube ich mich zu erinnern, der Finanzreferent Vizebürgermeister Wippersberger, die Beseitigung der seit vielen Jahren ungerechtfertigten Landesumlage und auch des Sprengelbeitrages für die Krankenanstalten, die 1986 laut Rechnungsabschluß zu einer Stadtbelastung in der Höhe von insgesamt 42,4 Millionen

Schilling führte.
Meine Damen und Herren, in der Gruppe 8 werden für das Rettungswesen, für das Rote Kreuz, 656.000 Schilling ausgewiesen. An Krankenanstaltenbeitrag mußte unsere Stadt im Vorjahr insgesamt 19,6 Millionen Schilling an das Land Oberösterreich abliefern. Aber bis heute gibt es in Steyr keinen Notarztwagen stationiert im Schwerpunktkrankenhaus Steyr, dem größten Landeskrankenhaus von Oberösterreich mit über 900 Betten.
Ich kritisiere daher Sie, meine Damen und Herren der Mehrheit, auf das Schärfste heute, weil Sie sehr wenig oder fast gar nichts unternommen haben, damit ausgebildete Ärzte für den Einsatz mit dem Notarztwagen vom Land Oberösterreich im Krankenhaus Steyr eingestellt werden. Z. B. möchte ich anführen,das Allgemeine Krankenhaus Linz stellt bereits seit dem Jahre 1974 als ärztliches Personal Intensivmediziner für den Notarztwagen zur Verfügung und waren seither als sogenannte, möchte ich sagen, mobile Intensivstation bei mehr als 17.300 Notfällen im Einsatz. Es ist auch allgemein bekannt, daß durch den Einsatz eines Notarztwagens in Steyr durch raschen Einsatz von Arzt und Notfallsanitäter lebensbedrohte Patienten am Leben erhalten und schwere gesundheitliche Folgeschäden der Patienten damit vermindert werden. Seit vielen Jahren wurde mir auf meine Forderung auch hier im Gemeinderat nach einem Notarztwagen erklärt, Treml du hast recht, aber es scheitert an der Finanzierung. Aber dafür, meine Damen und Herren, kassiert ein sogenannter Rot-Kreuz-Helfer Dr. Bergmann Honorare in Millionenhöhe. Hier, glaube ich, daß die oberösterreichische aber auch die Steyrer Bevölkerung bestimmt die Arbeit, die Leistung des Roten Kreuzes zu schätzen weiß und sie zeigt sich bisher auch bei Geldspenden nicht zugeknöpft. Aber es gibt tausende Blutspender, mehr als 6000 Männer und Frauen in Oberösterreich und darunter viele in Steyr, die als ehrenamtliche Helfer in ihrer Freizeit für die Organisation tätig sind. Umso unverständlicher ist es, wenn der damalige Leiter des Allgemeinen Krankenhauses Linz, Prof. Bergmann, für die nebenberufliche Leitung des Blutspendedienstes des oö. Roten Kreuzes seit 1977 bis einschließlich 1986 jährlich 1,7 - 2,8 Millionen Schilling kassiert. Im letzten Jahr berief sich das Honorar auf die volle Summe von 2,8 Mill. Schilling und das als Nebeneinkunft. Für seine weitere Tätigkeit, das werden Sie auch wissen, kassiert der Pensionist Prof. Dr. Bergmann neben seiner sicher nicht schmalen Pension als ehemaliger Primararzt monatlich weiterhin 60.000 Schilling.
Auf jeden Fall stellen die Millionenhonorare des Herrn Doktor nicht gerade eine Ermunterung für die Spendefreudigkeit der Gemeinden - das kommt auch zum Ausdruck in unserem Rechnungsabschluß. wir müssen pro Kopf der Bevölkerung an das Rote Kreuz bezahlen. Aber auch die Tatsache, daß es aufgrund der miesen Finanzlage des Roten Kreuzes bisher noch immer nicht zur Bereitstellung eines Notarztwagens für Steyr gekommen ist, stellt die ganze Sache in einem anderen Licht dar.
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, eine weitere Belastung der Stadtfinanzen kommt laut Rechnungsabschluß durch die Erhöhung der Bezüge für die Gemeindemandatare in der Gesamthöhe von 10 Millionen Schilling zum Ausdruck. Auch dabei, so glaube ich ohne Neidkomplex, wäre mehr Zurückhaltung am Platz, von der auch Kollege Holub besonders immer spricht, daß man in Zukunft Zurückhaltung bei Forderungen üben soll, besonders ausgehend von den Minderheitsfraktionen. Unsere Vorstellung dazu ist in diesem Kreis ja nicht neu und allgemein bekannt, daß wir die Reduzierung um etwa ein Drittel verlangen. Bei der Verwirklichung unserer Vorhaben hätte man mehr als 3 Millionen Schilling einsparen können bzw. weniger Kredite auf dem Kreditmarkt borgen müssen. Viele Vorhaben konnten aus Finanzgründen nicht begonnen werden. Das muß auch dazu gesagt werden. Wie z. B. die Erweiterung der Hauptschule auf der Ennsleite oder daß z. B. die Förderungsmittel für den Wohnbau in Millionenhöhe reduziert werden und so auch von Stadtseite weniger Mittel für den sehr notwendigen Wohnbau in Steyr aufgewendet werden. Ich möchte auch in diesem Zusammenhang erwähnen, daß auch die Stadt bis heute nicht bereit war, den 2.200

Mietern in Münichholz eine angemessene Förderung teilhaftig werden zu lassen im Zusammenhang mit den laufenden Mietzinssteigerungen, die in den nächsten Jahren diese Bevölkerung immerhin mit rund 150 Millionen Schilling belasten wird. Bei der Betrachtung der Beschlußfassung der Jahresrechnung 1986 darf auch nicht unerwähnt bleiben, daß die Mehrheit des Gemeinderates die unerfreuliche Einnahmenentwicklung in unserer Stadt immer wieder dadurch auszugleichen versucht, daß sie die Steyrer Bevölkerung mit Tarif- und Gebührenerhöhungen mit einer, wie ich schon einmal sagte, enormen Teuerungswelle Mitte 1986 überschwemmte. Diese Gebühren- und Tariferhöhungen im Ausmaß von 10 - 30 Prozent sind Ihnen ja noch gut in Erinnerung und ich brauche sie daher auch nicht, so glaube ich, heute detailliert zur Kenntnis bringen.
Natürlich gebe ich den Ziffern und Zahlen des Rechnungsabschlusses die Zustimmung, allerdings sind davon ausgenommen jene Beschlüsse, denen ich bereits bei der Beschlußfassung im Vorjahr keine Zustimmung gegeben habe.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke Kollegen Treml. Wünscht zum Rechnungsabschluß noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall, ich bitte daher den Referenten um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine beiden Vorredner haben es mir nicht schwer gemacht, darauf zu antworten. Im wesentlichen kann ich in sehr vielen Punkten die Ausführungen des Kollegen Holub und auch Deine Ausführungen unterstreichen, in sehr vielen Punkten gibt es keine Meinungsunterschiede. Es ist richtig, daß wir Rücklagen entnehmen müssen, um den ordentlichen Haushalt halt auszugleichen, das ist eine wirklich bedauerliche Sache, noch dazu in dem Ausmaß. Wir haben vor 2 oder 3 Jahren auch müssen, ich glaube es war 1984 auch notwendig, allerdings in einem bescheideren Ausmaß. Wenn ich mich richtig erinnere, waren es damals 2,5 Millionen. Diesmal sind es mehr als 13 Millionen, die wir aus Rücklagen entnehmen mußten. Das ist sicherlich erschreckend. Erschreckend ist auch die Vermögensrechnung. Der Schuldenstand zeigt, daß wir uns derzeit der 500 Millionen-Grenze unserer Verschuldung nähern, das ist schon sehr bedenklich. Daß wir in den nächsten Jahren viel Geld brauchen werden für die Kanalbauten, ist auch jedem klar. Wir wollen ja so bald wie möglich damit fertig werden, aber es wird sicher noch einige Jahre beanspruchen, aber es wird auf alle Fälle sehr viel Geld dafür notwendig sein.
Du unterstreichst das, was auch ich gesagt habe, daß eben leider die Einnahmen mit den Ausgaben nicht mehr Schritt halten können. Deinen Appell an die Vernunft kann ich nur unterstreichen. Daß wir politisch bei den Ausgaben, parteipolitisch vorgehen, das glaube ich, ist nicht der Fall.Wir haben natürlich eine große Reihe auch freiwilliger Leistungen, obwohl diese freiwilligen Leistungen für die Gemeinde, insgesamt gesehen, auch eher kleiner als größer werden, weil für uns der Spielraum immer kleiner wird, der uns zur Verfügung steht.
Z. B. freiwillige Leistung ist auch die Wirtschaftsförderung, die voriges Jahr zwar nicht so hoch ausgefallen ist, weil wir die beiden Dinge nicht gemacht haben, die haben wir erst heuer bezahlt, aber immerhin waren es 3,2 Millionen, die wir für Gewerbebetriebe auf freiwilliger Basis ausgegeben haben.
Kollege Treml, das Rechnungswerk ist das Spiegelbild der ökonomischen Entwicklung unserer Stadt, dem ist nichts hinzuzufügen. Daß Bund und Land uns zu wenig Geld lassen, das hängt wieder mit dem Finanzausgleich zusammen. Auch ich, das sage ich immer, wäre froh, wenn wir die Landesumlage nicht bezahlen müßten, sie belastet unsere Budgetsituation sehr stark. Die Sonderförderung Region Steyr, deren Fortsetzung von uns schon seit Jahren verlangt wird, läßt noch immer auf sich warten. Es ist richtig, die ganze Arbeitsmarktsituation ist dramatisch geworden.

Die Finanzkraft ist derzeit etwas zurückgegangen und wie gesagt, der Spielraum für uns wird eigentlich immer kleiner.
Zum Punkt Notarztwagen. Wir haben einen Notarztwagen angeschafft, wir haben ihn nicht ganz ausgestattet, aber er hätte ohne weiteres verwendet werden können als solcher mit kleinen Zubauten, er war vorgesehen für diesen Zweck. Aber die Voraussetzung wäre ja, daß die Ärzte zur Verfügung gestellt werden. Wir können nicht als Gemeinde Ärzte einstellen für diesen Zweck. Das ist wirklich Landessache. Wir appellieren schon sehr lange an das Land, daß in der Richtung etwas geschehen müßte.
Vielleicht noch ein Wort zu den Tarifregulierungen 1986. Wir haben jetzt bei der Abrechnung Wirtschaftshof bei der Müllabfuhr feststellen müssen, daß eigentlich unsere Einnahmenschätzungen und die Ausgabenschätzungen bei weitem nicht gestimmt haben. Die Müllabfuhr kostet uns wesentlich mehr, als wir angenommen haben, unten in Hausleithen, weil wir doch gewisse Auflagen haben, die sehr kostspielig sind. Die Bohrungen, die ständig gemacht werden müssen, beschäftigen bereits 3,5 Leute usw. Das sind Dinge, die kostspielig sind. Hätten wir z. B. diese Tariferhöhung nicht durchgeführt letztes Jahr bei der Müllabfuhr - sie war schon ziemlich hoch, das stimmt, aber die Einnahmensituation wurde deswegen nicht so gebessert, weil eben die Ausgaben gewaltig angestiegen sind.
Zur Hauptschule Ennsleite möchte ich berichtigen. Wir haben diesen Ausbau der Hauptschule Ennsleite geplant gehabt, er hat sich derzeit aber erübrigt, da die Schülerzahlen dort so stark abgesunken sind und sie sind weiter im Sinken begriffen. Es wäre daher von uns verantwortungslos, diesen Zubau jetzt zu tätigen. Das ist die Ursache, warum auf diesem Gebiet nichts geschehen ist und auch derzeit nichts geschieht.
Mehr wollte ich zu den Ausführungen der beiden Vorredner nicht sagen. Ich bitte den Herrn Bürgermeister, über meinen Antrag abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Rechnungswerk die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Bei meinem zweiten und zugleich letzten Antrag geht es um die Subvention zur Durchführung von Personalbetreuungsarbeiten im Jahr 1987. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

7) Präs-402/87
Präs-309/79
Personalvertretung des Magistrates Steyr; Subvention zur Durchführung von Personalbetreuungsarbeiten im Jahr 1987.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 7. 5. 1987 wird der Personalvertretung des Magistrates der Stadt Steyr zur Durchführung von Personalbetreuungsaufgaben so wie in den Vorjahren eine einmalige nicht rückzahlbare Subvention in der Höhe von S 345.000,- gewährt.
Zum genannten Zweck sind Mittel im Ausmaß von
S 345.000,-- (dreihundertfünfundvierzigtausend)
bei der VA-St. 1/0940/757000.0 freizugeben.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Ist jemand dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.
Ich danke Kollegen Wippersberger für seine Berichte. Kollege Pimsl ist der Nächste.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:
Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!
Der Erfolg der Landesausstellung "Arbeit/Mensch/Maschine" ist sicherlich überwiegend dadurch gekennzeichnet, daß ein geglücktes Thema und vor allem der Aufbau der Ausstellung so interessant gestaltet werden konnte , daß wir heute bereits mehr Besucher zählen konnten, als ursprünglich erwartet wurden. Aber nicht alleine das, sondern ich glaube auch, daß die begonnene Revitalisierung des Wehrgrabens für viele unserer Besucher eine Anziehung hat, der wir uns erst jetzt bewußt werden. Daß dies eingeleitet wurde durch eine Planung von Architekten, hat zweifellos dort oder da Kritik hervorgerufen und man muß berechtigterweise als verantwortungsbewußter Kommunalpolitiker gerade den Architekten hin und wieder ihren Tatendrang einbremsen, weil sie manches Mal meinen, daß alles und jedes Detail nur Architekten gekonnt lösen können und daß der gesunde Hausverstand der einzelnen Politiker oder Mitarbeiter dazu nicht mehr ausreicht. Das sei mir gestattet, eingangs zu meinem Antrag zu erwähnen, den ich Ihnen vorzubringen habe. Der Antrag lautet:

8) K-8100/85
Inneres Wehrgrabenviertel - Gesamtgestaltung;
Architektenleistungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Mit GR-Beschluß vom 22. 1. 1987 wurde als Honorar für Architektenleistungen des Mag. arch. Rupert Falkner im Wehrgrabenbereich eine Aktonotzahlung in der Höhe von S 800.000,- freigegeben.
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 30. 4. 1987 wird nunmehr zur Abstattung der restlichen Honorarforderungen der Freigabe von S 712.518,32 inkl. MWSt. (davon entfallen auf die Leistungen des Büros Stelzer-Hutter S 236.671,75 inkl. MWSt. und ein Restbetrag von S 475.845,74 inkl. MWSt. auf die Leistungen des Büros Falkner) zugestimmt.
Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 712.500,-- (siebenhundertzwölftausendfünfhundert)
werden bei der VA-St. 5/3630/010240.0 freigegeben.
Infolge Dringlichkeit gem. § 44 (5) StS wird der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Auch hier ist Einstimmigkeit gegeben.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:
Der vom Gemeinderat beschlossene Radweg entlang der Ennser Straße hat nicht nur Gestalt angenommen, sondern er ist auch schon befahrbar. Er hat sicherlich dazu beigetragen, daß die Radfahrer diesen Weg gerne benützen und wieder ein kleines Stück mehr den Radfahrern zur Verfügung steht. Die Kosten für die Anlage eines solchen Radfahrweges sind allerdings nicht gering. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

9) Bau3-2830/86
Radweg Ennser Straße - Teil 2; Mittelfreigabe.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Mit GR-Beschluß vom 30. 10. 1986 wurde der Auftrag zur Errichtung des Radweges Ennser Straße an die Landesbaudirektion Linz übertragen. Da bisher erst S 619.900,- ausbezahlt wurden und die Landesbaudirektion die Bauarbeiten nunmehr fortsetzen wird, werden die restlichen Mittel in der Höhe von
S 787.000,-- (siebenhundertsiebenundachtzigtausend)
bei der VA-St. 5/6160/002300.7 freigegeben.
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Zu Wort gemeldet dazu hat sich Kollege Hochrather.

GEMEINDERAT KARL HOCHRATHER:
Geschätzte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Die ÖVP-Fraktion begrüßt den Ausbau bzw. die Errichtung dieses Radfahrweges entlang der Ennser Straße zwischen der Gleinker Hauptstraße und dem KGM, wie überhaupt Initiativen der Stadt auf dem Sektor Ausbau des Radwegenetzes sehr lobenswert zu erwähnen sind. Mit der Errichtung von neuen Radwegen kann es aber auch vorkommen, daß dadurch neue Gefahrenstellen, insbesondere für den Fahrrad- aber auch für den Fußgängerverkehr, geschaffen werden. Für mich wird durch die Errichtung des jetzt zur Beschlußfassung heranstehenden Radweges an der Kreuzung Ennser Straße - Siemensstraße eine derartige neue Gefahrenstelle entstehen. Die Ennser Straße stellt in diesem Kreuzungsbereich eine der am meisten befahrenen Straßen unserer Stadt dar. Ich habe wirklich Sorge, wie die Radfahrer aus dem Bereich Resthof zu diesem neuen Radweg gelangen sollen. Nach meiner Meinung kann nur durch Verampelung dieser Kreuzung Abhilfe geschaffen werden. Ich will daher die bereits wiederholt vorgetragene Forderung nach der raschen Verwirklichung einer Verampelung dieser Kreuzung nochmals in Erinnerung rufen. Stellt schon jetzt das Einbiegen mit einem motorisierten Verkehrsmittel an dieser Kreuzung ein Wagnis dar, so ist das für Radfahrer mit noch weit höhrer Gefahr verbunden.
Im Interesse der Sicherheit der Radfahrer aber auch der Fußgänger und des gesamten Fahrzeugverkehrs aus dem Bereich Resthof will ich nochmals auf die rasche Verwirklichung dieser Verampelung dringen und die Verantwortlichen der Stadt auffordern, dieser Verampelung die entsprechende Aufmerksamkeit zu schenken.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke für diesen Hinweis. Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Kollege Rohrauer bitte.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:
Sehr geehrter Gemeinderat, wertes Präsidium!
Die Ausführungen sind an sich richtig. Die Kreuzung Siemensstraße - Ennser Straße ist wirklich sehr gefährlich. Die Anrainer dort berichten mir ständig von Zusammenstößen. Gott sei Dank war noch kein Kind mit einem Rad dabei, aber das ist ein echtes Problem. Wir haben gestern eine Verkehrskonzeptbesprechung gehabt im Resthof, wo Organisatoren und Mieter dafür interessiert haben. Da gibt es von der Bevölkerung der Resthofer zwei Varianten. Die eine Variante, die ihnen vom Verkehr die liebere wäre, ist jene ohne Verampelung, weil die Anrainer dort damit nicht so sehr belastet würden. Das bringt aber den Nachteil mit sich, daß der Fahrradweg Gleink nicht benützt werden kann. Die zweite Variante ist die Verampelung, die zwar möglicherweise durch einen Lkw-Stau entlang der Ennser Straße dort die ganzen Wohnungen belasten kann. Aber klarerweise wäre das eine große

Sicherheit für die Schüler bzw. die Fußgänger, die hinüber wollen nach Gleink und auch für die Radfahrer. Es wird wahrscheinlicher finanziell nicht möglich sein, aber es wurde die Variante geboren, daß über die Ennser Straße eine Radfahrmöglichkeit gebaut wird, die muß aber weiß ich wie hoch sein und wird vermutlich sehr viel kosten. Es wird dann von diesem Arbeitskreis minus 10 % dem Unterkomitee minus 10 % ein Antrag kommen, Die Verampelung, das weiß offensichtlich schon jeder im Resthof, ist nicht Angelegenheit der Gemeinde. Es müßte an die Landesbaudirektion herangetreten werden und dort ein wenig Nachdruck gegeben werden. Was ich gerne hätte im Namen der Bevölkerung wäre, daß man bei solchen Verkehrsprojekten Probebetriebe starten könnte, um zu sehen, was mitunter für die Verkehrsteilnehmer besser wäre. Probebetriebe über ca. 1 Monat in der Variante, in einer anderen Variante und vielleicht auch in einer dritten Variante, damit man Entscheidungen treffen kann, die auch für die Zukunft halten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wünscht noch jemand zu diesem Punkt zu sprechen? Das ist nicht der Fall, ich bitte daher Kollegen Pimsl um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:
Vorerst darf ich mich für die positive Feststellung bedanken, daß wir gemeinsam in der Stadt trachten, Verkehrslösungen zu erreichen, die jeder in unserer Stadt, jeder Mitbürger, aber auch jeder, der in unsere Stadt kommt, akzeptiert. Grundsätzlich sind wir uns sicherlich in vielen unserer Verkehrslösungen einig. Wir wissen aber, daß die Schwierigkeiten oft im Detail liegen. Ich gebe gerne zu, daß jede Verkehrsmaßnahme unter Umständen neue Probleme auslöst. Wir müssen daher aber auch zur Kenntnis nehmen, daß jeder Verkehrsteilnehmer, ob motorisiert oder nicht motorisiert oder zu Fuß, gewissen Spielregeln unterliegt im Verkehr. Wenn wir glauben, eine Gruppe besonders schützen zu müssen, dann wissen wir, daß eine andere Gruppe sich dabei benachteiligt fühlt. Unser Anliegen und unsere Aufgabe muß es sein, für alle unsere Mitbürger, aber insbesondere für unsere Kinder, Verkehrsverhältnisse zu schaffen, die Gefahrenquellen nach Möglichkeit ausschalten. Wir haben - das dürfte vergessen worden sein - schon seit längerer Zeit beim Bund, es ist ja eine Bundesangelegenheit,über die OÖ. Landesregierung, Straßenbauwesen, die Verampelung des sogenannten Siemens- und Ennser Straßen- Knotens beantragt. Wir haben auch urgiert, aber bis heute darauf keine positive oder negative Antwort erhalten. Wir aus den Ausführungen des Kollegen Rohrauer sichtbar ist, sind solche Verkehrslösungen nicht immer von allen Betroffenen zustimmend zur Kenntnis genommen. Es ist allerdings ein Unterschied, ob ich direkt an einer Kreuzung wohne oder ob ich einige hundert Meter weg vom Geschehen einer Straße kaum berührt bin und mich nur dann ärgere, wenn ich als Straßenbenützer aus verschiedenen Gründen nicht über die Kreuzung kann oder mich in den fließenden Verkehr einordnen kann. Das sind die Probleme, die zu lösen uns 100 %ig sicherlich nicht gelingen wird. Aber ich glaube, daß wir gemeinsam alle Anstrengungen weiterhin unternehmen sollen, Verkehrslösungen anzubieten, die praktikabel sind. Ich bekenne mich auch durchaus dazu, in experimentieller Form das eine oder andere befristet einzuführen, um aus den Erfahrungswerten die bestmögliche Lösung zu erzielen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Ist jemand dagegen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:
Mein letzter Antrag, geschätzte Kolleginnen und Kollegen,beschäftigt sich damit, um die Verwirklichung unseres Systementsorgungskonzeptes, durch eine Subvention für den Ankauf von Gascontainern endlich die Entsorgung für wiederverwertbare Rohstoffe einigermaßen zu sichern und unter Kontrolle zu bekommen.
Der Antrag lautet:

10) ÖAG-2680/84
Müllabfuhr
Durchführung des Systementsorgungskonzepts;
Gewährung einer Subvention zum Ankauf von Containern.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA I vom 21. 5. 1987 wird der Firma Peter Bittner, Steyr, Schaumberger Straße 2, zum Ankauf von Containern zur Durchführung des Systementsorgungskonzeptes eine Subvention in der Höhe von S 120.000,- gewährt.
Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von
S 120.000,-- (einhundertzwanzigtausend)
auf die VSt 1/8130/776000.7 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat bei der VSt 1/8130/043700.9 zu erfolgen.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wer ist dafür? Dagegen? Der Antrag ist so beschlossen.
Ich danke für die Berichte. Kollege Sablik ist der Nächste.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:
Sehr geehrter Gemeinderat!
Ich darf Ihnen 3 Akten vortragen. Der erste betrifft:

11) Bau3-1240/81
Ausbau der Steiner Straße und Klosterstraße - Baulosverlängerung - 4. Bauabschnitt; Vergabe der Arbeiten und Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Mit Beschluß des Gemeinderates vom 28. 3. 1985 wurde der Auftrag zur Durchführung der Baumeisterarbeiten für den Straßen- und Kanalbau Steiner Straße - Klosterstraße, 1. Bauabschnitt, an die Fa. Zwettler Bau-GesmbH zum Preise von S 6,559.441,- übertragen. Der 2. und 3. Bauabschnitt wurde auf Basis des Hauptangebotes als Zusatzauftrag ebenfalls an die Fa. Zwettler Bau-GesmbH übertragen.
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 8. 5. 1987 wird nunmehr einer Erweiterung dieses Auftrages um einen Betrag von S 3,846.847,80 brutto zugestimmt.
Der Freigabe der Mittel für die baurate 1987 im Ausmaß von
S 2,580.000,-- (zwei Millionen fünfhundertachtzigtausend)
(auf diesem Bauabschnitt wird heuer keine Verschleißschichte angebracht) bei der VA-St. 5/6120/002190.6 wird zugestimmt.
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Strasser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ STRASSER:
Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Mit dem Ausbau der Steiner Straße wurde eine langjährige Forderung der Gleinker Bevölkerung, nämlich eine ordentliche Busverbindung in die Stadt, verwirklicht. Sie wird auch sehr gerne angenommen, nur gibt es leider Probleme mit den Zusteigemöglichkeiten. Die Bewohner der Feldstraße und teilweise auch der Hochstraße haben ungleichmäßig lange Anmarschwege zu den Haltestellen. Es müßte daher unbedingt in der Umgebung der derzeitigen Einmündung der Feld- und Hochstraße in die Steiner Straße eine Zusteigmöglichkeit geschaffen werden. Die derzeitige Haltestelle Steiner Straße ist für die Bewohner der Hochstraße leider nur über große Umwege erreichbar, da die alte Verbindung - das war so ein kleiner Gehweg - von der Hochstraße zur Steiner Straße durch privaten Grundbesitz nicht mehr begehbar ist. So z. B. die ehemalige Priestnerstiege, die zwar noch vorhanden ist, aber leider vor einem privaten Gartenzaun endet. Die Bewohner der Feldstraße haben sowieso keine andere Wahl als bis zur Haltestelle Steiner Straße zu gehen - Wegzeit bis zu 20 Minuten. Da sich eine neue Zusteigmöglichkeit sicherlich auch in einer höheren Frequenz der Busbenützer auswirken würde, fordere ich daher im Zuge des Ausbaues eine Bushaltestelle im Bereich der Einmündung Feldstraße in die Steiner Straße.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke für diesen Beitrag. Wünscht dazu noch jemand zu sprechen? Kollege Steinmaßl bitte!

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Da ich als Referent der Verkehrsbetriebe angesprochen worden bin, möchte ich eines dazusagen. Diese Haltestellenangelegenheiten, ganz egal, wo sie sich befinden, sind immer eine heikle Angelegenheit, weil erstens Grundeinlösen erforderlich sind, da die Gründe ja nicht der Stadtgemeinde gehören. Und zweitens muß das vom Amt der OÖ. Landesregierung auch bewilligt werden.
Bei der Gelegenheit möchte ich eines feststellen. Die Bushaltestelle, die schon so lange geplant war, in der Gleinker Hauptstraße bei der Fa. Beran, wird ab 1. Juli bereits benützt, allerdings ohne Wartestellenhäuschen. Auch das kommt noch. Ich werde mich aber bemühen, vielleicht läßt sich das machen. Die Bemerkung, daß die Bewohner der Feldstraße 20 Minuten bis zur Haltestelle gehen müssen, ist sicher nicht richtig. Ich kenne das Gebiet dort, in 20 Minuten bin ich von mir draußen von der Feldstraße zu Fuß fast schon am Bahnhof.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Gibt es sonst noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wünscht der Referent ein Schlußwort?

STADTRAT ERICH SABLIK:
Es kommt nur auf die Länge der Beine an.
Wir brauchen ja überall Haltebuchten, die muß man beim Bau bereits berücksichtigen. In diesem Fall wäre es nötig, daß die Verkehrsbetriebe sich auf kürzestem Weg mit der Bauführung ins Einvernehmen setzen. Wir haben den ganzen Bau überhaupt erst möglich gemacht, ansonsten wäre er gar nicht im aoH drinnen, weil anstelle einer Stützmauer im unteren Teil andere Lösungen gefunden worden sind, die dem Bild des Gleinker Umfeldes sehr entgegen kommen.
Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Gibt es gegenteilige Meinungen? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:
Der nächste Antrag betrifft die Verbindungsstraße Konradstraße - Leharstraße - Schumeierstraße; Vergabe der Straßenbauarbeiten. Der Antrag lautet:

12) Bau3-3033/85
Verbindungsstraße Konradstraße - Leharstraße -
Schumeierstraße; Vergabe der Straßenbauarbeiten.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 12. 5. 1987 wird der Auftrag zur Durchführung der Straßenbauarbeiten für den Ausbau der Verbindungsstraße Konradstraße - Leharstraße und Anschluß der Schumeierstraße an die Fa. Zwettler, Steyr, zum Preise von S 2,338.257,48 inkl. USt übertragen.
Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 2,338.200,- (zwei Millionen dreihundertachtunddreißigtausendzweihundert)
werden bei der VA-St. 5/6120/002510.5 freigegeben.

Auch hier darf ich um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Gibt es Stimmenthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:
Der nächste Antrag betrifft die Gehsteigerrichtung und Kurvenverbreiterung in der Grenzgasse beim Bundesstraßenausbau Bad I. Der Antrag lautet:

13) Bau3-2178/71
Bundesstraßenausbau BAD I; Gehsteigerrichtung und
Kurvenverbreiterung in der Grenzgasse; Grundeinlöse.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 21. 5. 1987 wird im Zusammenhang mit der Gehsteigerrichtung und Kurvenverbreiterung in der Grenzgasse der Auftrag zur Durchführung der Bauarbeiten sowie der Baumeisterarbeiten für eine neue Straßenbeleuchtung an die Firma ARGE Zwettler Bau-GesmbH und Hamberger Bau-GesmbH zum Preis von S 367.185,60 inkl. MWSt. übertragen.
In einem werden die Mittel für die zur Bauverwirklichung erforderlichen Einlösen von Fremdgrund im Ausmaß von S 131.000,- freigegeben.
Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von
S 499.000,-- (vierhundertneunundneunzigtausend)
bei VSt 5/6120/002590.7 freigegeben.
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wer wünscht dazu das Wort? Kollege Wieser bitte!

GEMEINDERAT WOLFGANG WIESER:
Werte Damen und Herren des Gemeinderates!
Beim Bundesstraßenausbau BAD I ist es zu einigen kleineren und auch größeren

Schwierigkeiten gekommen, die zum Teil auch schon in der Planung liegen. Das kommt daher, daß die Anrainer nie zu einer Bauverhandlung geladen wurden, geschweige denn befragt wurden. Die Bundesstraßenverwaltung braucht die Anrainer bei solchen Projekten nicht einzuladen. Daher mein Vorschlag dazu, die Gemeinde hat dabei ja ein gewichtiges Wort mitzureden, daß man bei solchen Projekten in Zukunft die Anrainer von Magistratsseite her befragt, welche Absichten sie haben, was sie wollen, was vorgesehen ist. Um solche Schwierigkeiten zu vermeiden, wie z. B., daß bei einer Eingangstüre zu einem Geschäft jetzt ein 39 cm-Höhenunterschied besteht oder daß ein Lichtmasten mitten in der Einfahrt, in dem Fall inmitten meiner Betriebseinfahrt, angebracht werden sollte.
Meine Bitte daher, bei solchen Projekten die Anrainer von Magistratsseite her einzuladen, das Projekt vorzustellen, um solche Schwierigkeiten und Streitereien zu vermeiden.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ich darf vielleicht dazusagen, dieser Straßenbau ist ein reiner Bundesstraßenbau. Die Landesbaudirektion führtim übertragenen Wirkungsbereich diese Bauarbeiten durch. Wir haben nur teilweise Ing. Kerschner zur Verfügung gestellt, damit er koordinieren kann, falls es größere oder kleinere - ich glaube eher kleinere - Schwierigkeiten geben sollte. Es ist das die meistbefahrenste Straße von Steyr mit 24.000 Kraftfahrzeugen pro Tag. Daß es da zu Schwierigkeiten kommen kann, dafür muß jeder Verständnis haben. Aber wenn man etwas verbessern kann, sollte man versuchen, das zu tun.
Gibt es dazu noch eine Wortmeldung? Keine. Ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT ERTCH SABLIK:
Ich kann an sich nur das unterstreichen, was Vizebürgermeister Wippersberger gesagt hat. Ich möchte nur ergänzen, daß wir uns von Seiten des Bauamtes wirklich bemüt haben, den ausführenden Organen des Bundes und der Baufirmen zu helfen. Wenn sie wieder einmal den Wieser zugebaggert haben oder jemandem anderen das Wasser abgegraben haben oder was immer. Die bauen ja Straßen so, als gäbe es keine Umgebung. Sinngemäß hat Kollege Wieser ja recht. Wir bemühen uns aber wirklich, aber die nächste größere Baustelle wird außerhalb des Stadtgebietes liegen, vermutlich wird das die Nordspange sein, die Brücke. Da werden wir daraus die Lehren ziehen, damit so etwas nicht mehr vorkommt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ich danke Kollegen Sablik für sein Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Gibt es eine gegenteilige Meinung oder eine Stimmenthaltung? Beides nicht der Fall, einstimmig beschlossen.
Ich danke Kollegen Sablik für die Berichterstattung. Nächster ist Kollege Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Bei meinem ersten Antrag geht es um den Bebauungsplan Nr. 51 "Schladergründe".
Der Antrag lautet:

14) Bau2-5670/86
Erstellung des Bebauungsplanes
Nr. 51 "Schladergründe".
Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Bebauungsplan Nr. 51 "Schladergründe", entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes des Magistrates der Stadt Steyr, wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 21. Mai 1987 beschlossen.

Ich darf um Annahme ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Kollege Wieser hat sich dazu gemeldet.

GEMEINDERAT WOLFGANG WIESER:
Dieser Bebauungsplan Nr. 51 Schladergründe grenzt mit 35 m Abstand an die Betriebsfläche der Fa. Tuma. Die Fa. Tuma ist ein Spenglerei- und Schlossereibetrieb und jeder kann sich vorstellen, daß da eine ordentliche Lärmbelästigung auftritt. Die Fa. Tuma hat auch vor, ihren Betrieb zu vergrößern. Z. B. die Betriebshalle um 25 m zu verlängern und daran eine überdachte Lagerfläche zu installieren. Dort sollen dann sämtliche An- und Ablieferungen erfolgen. Dadurch entsteht nicht nur vom Betrieb her Lärmbelästigung, sondern auch durch die schweren Lkw, die die Produkte anliefern.
Wir sind daher der Meinung, daß gerade dort Lärmschutzmaßnahmen notwendig sind, um spätere Komplikationen und Schwierigkeiten zu vermeiden. Aus Erfahrung weiß man, daß dort, wo Betriebe schon längere Zeit bestehen und anschließend Wohnobjekte gebaut werden, kurze Zeit später Beschwerden der Bewohner z um Teil zurecht einlangen. Nur der Betrieb selbst kann dafür nichts, geprügelt wird aber der Unternehmer.
Dr. Viol kann sicher davon auch Bände sprechen, weil er wird das sein, bei dem die Telefone heiß laufen, wenn die Lärmbelästigung zu groß wird.
Die Fa. Tuma, so hoffen wir als Steyrer Gemeinderat, kann ihren Betrieb noch weiter vergrößeren und wird daher immer näher an die Wohnobjekte herankommen. Schwierigkeiten würden dabei sicherlich auftreten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke für diesen Beitrag. wünscht noch jemand zu diesem Antrag zu sprechen? Das ist nicht der Fall, ich bitte daher den Berichterstatter um das Schlußwort.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Ich möchte das unterstreichen. Es hat sich nämlich in der Vergangenheit herausgestellt, daß dann der Betrieb für Lärmmaßnahmen aufkommen sollte. Das müßte man von vornherein verhindern. Es war ja schon in verschiedenen Gegenden der Fall, ich denke da z. B. in Garsten an den Tischler Kerschbaumer. Dort haben rundherum die Erbauer von Eigenheimen billigeren Grund bekommen, weil sich dort ein Betrieb befindet und als alles verbaut war, sind sie auf die Barrikaden gestiegen und diese Firma mußte um teures Geld Lärmschutzmaßnahmen, Luftreinigungsgeräte, Filter und dergleichen einbauen, obwohl die Leute vorher gewußt haben, daß es dort laut ist, daß es Luftverunreinigungen gibt und das, obwohl sie den Grund billiger bekommen haben. Deshalb glaube ich, daß der Einwand von Kollegen Wieser gerechtfertigt ist.
Ich bitte um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltungen? Dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Beim nächsten Antrag geht es um den Bebauungsplan Nr. 52 und lautet:

15) Bau2-5599/86
Verbauung der Bauplätze auf den Gründen des "Allgemeinen Turnvereines"; Erstellung des Bebauungsplanes Nr. 52.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Bebauungsplan Nr. 52 - Verbauung der Bauplätze auf den Gründen des Allgemeinen Turnvereines - entsprechend den Plänen des Dipl. Ing. Arch. Harlass vom 20. August 1986, wird nach Maßgabe des Amtsbeichtes der MA XI vom 19. Mai 1987 beschlossen..

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Beim nächsten Antrag geht es um die Kanalisation Tabor-Taschlried-Resthof. Der Antrag lautet:

16) Kanalisation Tabor-Taschlried-Resthof; Errichtung NS A 1 Taschelried RE A 19 - S 8/NK B Resthofstraße/NK C Ledwinkastraße/NK D Markusstraße.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI namens der städt. Kanalverwaltung vom 22. 5. 1987 wird der Auftrag zur Errichtung der Kanalisation Resthpf-, Ledwinka- und Markusstraße an die Firmka Beer & Janischofsky, Steyr, zum Preis von S 5,564.946,54 exkl. MWSt. vorbehaltlich der Zustimmung des Amtes der OÖ. Landesregierung übertragen.
Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von
S 5,000.000,-- (fünf Millionen)
bei VSt 5/8110/050450.4 freigegeben.
Um Freigabe der restlichen Mittel wird erst nach Vorliegen der Schlußrechnung voraussichtlich im nächsten Jahr angesucht werden.
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRG ERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diesen Antrag? Gibt es Stimmenthaltungen? Der An trag ist so beschlossen.

STADTRAT ING: OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Bei meinem letzten Antrag geht es um die Prokosch-Gründe. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

17) Bau6-1391/87
Bau3-2392/87
Aufschließung Prokosch-Gründe;
Kanal- und Straßenbau.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Die Bürgermeisterverfügung vom 5. Juni 1987, womit wegen Dringlichkeit gemäß §

46 Abs. 7 des Statutes für die Stadt Steyr nachestehendes angeordnet wurde,wird hiemit genehmigt:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III namens der städt. Kanalverwaltung vom 2. 6. 1987 werden im Zusammenhang mit der Aufschließung der Prokosch-Gründe folgende Aufträge vergeben:
1. Verlängerung des Nebenkanales 10 F an die Fa.
   Mayr-Bau-GesmbH, Steyr, zum Preis von S 563.587,50 exkl. MWSt
2. Errichtung einer Zufahrtsstraße samt Straßenbeleuchtung
   an die Fa. Mayr-Bau-GesmbH, Steyr, zum Preis von S 554.785,92
Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von
S 564.000,-- (fünfhundertvierhundsechzigtausend)
auf die VSt 5/8110/050590.7 sowie eine Kreditübertragung im Ausmaß von
S 555.000,-- (fünfhundertfünfundfünfzigtausend)
auf die VSt 5/6120/002620.2 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragungen hat bei der VSt 5/8110/050450.4 und VSt 5/6120/002580.8 zu erfolgen.

Auch hier darf ich um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht dazu jemand zu sprechen? Danke. Gibt es eine Gegenstimme? Eine Enthaltung? Beides nicht, daher Einstimmigkeit.
Ich danke Kollegen Schloßgangl für seine Berichte. Nächster ist Kollege Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich darf Ihnen heute zwei Anträge zur Beschlußfassung vorlegen. Der erste behandelt die Errichtung diverser Reduzierstationen im Erdgashochdrucknetz des Gaswerkes Steyr, und zwar die Auftragsvergaben. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

18) ÖAG-2897/87
Stadtwerke
Errichtung diverser Reduzierstationen im Erdgashochdrucknetz des Gaswerkes Steyr; Auftragsvergaben.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 6. 5. 1987 wird im Zusammenhang mit der Errichtung mehrerer Erdgasreduzierstationen, wie Werndlstraße und Firma Zgonc (Aufschoießung Industriegründe Ennser Straße) folgende Aufträge vergeben:
1. Installationsarbeiten mit Lieferung der Regel- und Steuerorgane, für die Erdgasreduzierstationen Resthof, Werndlstraße und Firma Zgonc:
an die Fa. Integral-Montage GesmbH, Wels, zum Preise von S 722.458,-- exkl.USt
2. Dichtheits- und Funktionsprüfung gemäß Druckbehälterverordnung;
an TÜV, Linz, zum Preise von S 23.000,- exkl. USt.
Die hiefür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen den Antrag? Gibt es Stimmenthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Mein zweiter Antrag behandelt den Ankauf einer Eisoberflächenbearbeitungsmaschine auf der Kunsteisbahn, und zwar die Ersatzbeschaffung.

19) ÖAG-3090/87
Stadtwerke
Kunsteisbahn; Ankauf einer Eisoberflächenbearbeitungsmaschine (Ersatzbeschaffung).

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 14. 5. 1987 wird der Auftrag zur Lieferung einer gebrauchten Eisoberflächenbearbeitungsmaschine Rolba-Zamboni bei gleichzeitigem Rückkauf der Altmaschine um S 20.000,- für die Kunsteisbahn Steyr an die Fa. Rolba, Wien, zum Preise von S 1,050.151,- exkl. USt. übertragen.
Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 1,050.200,-- (eine Million fünfzigtausendzweihundert)
bei der VA-St. 1/8790/759200.5 bewilligt.
Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.
Die anfallenden Kosten werden den Stadtwerken unmittelbar nach Bezahlung der Rechnung ersetzt.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Holub bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Die Frage, die ich hier stelle, stellen wir uns wahrscheinlich alle, ob es denn wirklich notwendig ist, soviel Geld auszugeben und ob man sich nicht doch noch 1 oder 2 Jahre hinüberfretten hätte können. Wir werden dem Antrag zustimmen schweren Herzens, und zwar nur deshalb, daß dann nicht gesagt werden könnte, die ÖVP war gegen die Freizeitmöglichkeit Eislaufen. Aber ich glaube, daß man die Argumentation, die im Amtsbericht geführt wird, mit Kosten von S 80.000,- bis S 100.000,-- in Relation setzen müßte zum Aufwand von über 1 Million Schilling, die wir jetzt in dieses Gerät investieren müssen. Es wird ja durch nichts gesagt, daß die Maschine nicht funktionstüchtig ist zur Zeit. Man hätte über den Sommer hindurch in Arbeiten bei verschiedenen Werkstätten das Gerät so weit zusammenflicken können, daß der Betrieb möglich gewesen wäre. Ich glaube, ich befinde mich mit dem Finanzreferenten in einer Meinung, daß wir mit einer Million Schillin sehr viel für unsere Bürger hätten tun können, was sehr sehr dringlich notwendig wäre und nicht geschehen kann. Frau Stadtrat Ehrenhuber wird mir recht geben, allein im Altersheim, was könnten wir mit 1 Million Schilling alles tun? Vielleicht wäre es doch besser, in Zukunft doch bei Investitionen zu fragen nach schneller, billiger Abhilfe. Es muß nicht immer das Neueste und Modernste sein. Wenn ich auch weiß, daß das Gerät seit 1967 in Dienst steht, aber vielleicht wäre es noch ein Jahr gegangen. Wir stimmen grundsätzlich zu, aber die Bitte an die Beamtenschaft, besonders aus dem Bereich, den Du vertreten mußt, Herr Stadtrat, bei den Investitionswünschen sehr sehr maßvoll zu sein. Wir werden ja in nächster Zeit eine sehr große Investition aus dem Bereich beraten müssen, die im Interesse aller Bürger sein wird müssen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Wippersberger bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Genau das, was Du jetzt gesagt hast, haben wir in unserer Fraktion besprochen und wir haben uns Kollegen Wein geholt und haben darüber ein längeres, ausführliches Gespräch geführt. Das Gerät ist jetzt 20 Jahre alt, stark reparaturanfällig. Vergangenes Jahr hatten wir bereits das Pech, daß es 4 oder 5 Tage lang nicht eingesetzt werden konnte. Man kann es sicher noch reparieren, aber es ist gibt keine Garantie, daß es nicht komplett zusammenbricht. Dann bekommen wir nicht so schnell ein anderes Gerät, da darauf ja doch verhältnismäßig lange Lieferzeiten sind. Es könnte also passieren, daß wir auf einmal mitten im Winter die Kunsteisbahn nicht benützen können. Da würde ein großer Aufschrei sein in der Bevölkerung. Genau in diese Richtung habe auch ich tendiert und habe mich aber schweren Herzens davon überzeugen lassen müssen, daß doch dieser Antrag an den Gemeinderat gestellt werden muß. Schweren Herzens habe ich dazu die Zustimmung gegeben, weil ich es nicht verantworten könnte, wenn die Kunsteisbahn unbenützbar wäre.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Schlußwort?

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Ich muß mich den Ausführungen des Kollegen Wippersberger vollinhaltich anschließen. Es ist vielleicht eines zu bedenken, daß bei der gegenwärtigen Eisaufbereitungsmaschine es keinerlei Ersatzteile gibt. Wenn jetzt irgend etwas kaputt geht während der Saison, steht der ganze Eislaufplatz. Nur aus diesem Grund ist uns gar nichts anderes übrig geblieben, als eine gebrauchte Maschine anzukaufen. Dabei möchte ich eines sagen, daß die Direktoren der Stadtwerke es fertiggebracht haben, in den Kaufgesprächen die Maschine um 162.419,- Schilling billiger zu erhalten, als sie die Fa. Rolba angeboten hat. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Der Antrag ist so beschlossen.
Ich danke Kollegen Steinmaßl für seine Berichte. Nächster ist Kollege Zöchling.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:
Werte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!
Ich darf Ihnen 7 Anträge zur Beschlußfassung vorlegen. Der erste betrifft:

20) GHJ2-1661/87
Gemeindeeigenes Objekt Schosserstraße 2; Instandsetzungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 14. 5. 1987 werden im Zusammenhang mit den Instandsetzungs- und Erhaltungsarbeiten am gemeindeeigenen Objekt Schosserstraße 2 folgende Aufträge vergeben:
1) Baumeisterarbeiten an die Fa. Zwettler, Steyr, zum Preise von S 742.322,- exkl. MWSt.
2) Malerarbeiten: an die Fa. Frank, Steyr, zum Preise von S 135.720,- exkl. MWSt.
3) Bautischlerarbeiten an die Fa. Hackl, Steyr, zum Preise von S 28.350,- exkl. MWSt.
4) Spenglerarbeiten an die Fa. Faatz, Steyr, zum Preise von S 61.460,- exkl. MWSt.
5) Elektronistallationsarbeiten an die Fa. Mitter-

huemer, Steyr, zum Preise von S 28.556,90 exkl. MWSt.
6) Gartenzaunherstellung an die Fa. Bittermann,
Steyr, zum Preise von S 34.330,- exkl. MWSt.
Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 1,031.000,-- (eine Million einunddreißigtausend)
werden bei der VA-St. 1/8460/010000.4 freigegeben.
Die anfallenden Kosten werden von der Stadt getragen.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT JOAHNN ZÖCHLING:
Der nächste Antrag betrifft:

21) Bau5-2180/86
Rathausumbau; Innenausbau mit Gipskartonwänden und Betonestrich.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 25. 5. 1987 werden im Zusammenhang mit dem Rathausumbau folgende Arbeiten vergeben:
1. Innenausbau an die Fa. Sunk GesmbH, Steyr,
zum Preise von brutto S 250.608,--
2. Betonestrich an die Fa. Steiner, Linz, zum
Preise von brutto S 99.120,-
Da für die mit Gemeinderatsbeschluß vom 12. 5. 1987 vergebenen Arbeiten in der Höhe von S 1,708.783,20 bisher lediglich S 1,600.000,- freigegeben wurden, wird gleichzeitig der Freigabe der restlichen Mittel zugestimmt.
Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 460.000,-- (vierhundertsechzigtausend)
bei der VA-St. 5/0290/010280.2 bewilligt.
Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? Gibt es Stimmenthaltungen? Beides nicht der Fall, daher einstimmig angenommen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:
Bei meinem nächsten Antrag geht es um den Ankauf von Einrichtungsgegenständen für die städtischen Schulen. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

22) GHJ2-2034/87
Ankauf von Einrichtungsgegenständen
für die städtischen Schulen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 27. Mai 1987 werden im Zusammenhang mit dem Ankauf von Einrichtungsgegenständen für die städtischen Schulen folgende Aufträge vergeben:
1. Lieferung von 72 Schülertischen, 144 Schülersesseln sowie 6 Schülerwerkzeugschränken inkl. 24 Schülerwerkzeugsätzen an die Fa. Mayr, Scharnstein, zum Preis von S 284.067,50 inkl. MWSt.
2. Verdunklungsvorhänge an die Fa. Löger, Steyr, zum Preis von
S 202.284,- inkl. MWSt

3. Lieferung von 4 Sprungkästen und einer Schwernkreckanlage an die Fa. Schweiger,Wartberg, zum Preis von S 59.317,44 inkl. MWSt.
4. Lieferung von 10 Schultafeln an die Fa. Furthner, Riedau, zum Preis von S 111.962,83 inkl. MWSt.
5. Lieferung eines Konferenzzimmertisches an die Fa. Staudinger, Steyr, zum Preis von S 19.680,- inkl. MWSt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von
S 167.900,- bei der VSt 1/2110/043000.2
S 360.700,- bei der VSt 1/2120/040300.1
S 98,700,- bei der VSt 1/2130/040300.0
S 50.000,- bei der VSt 1/2140/043700.4

S 677.300,-
==========
freigegeben.

Ich bitte um Annamhme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht dazu jemand zu sprechen? Nein. Wer ist dagegen? Gibt es Stimmenthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:
Der nächste Antrag betrifft die Schule Punzerstraße 73 - 75, und zwar die Fenstererneuerung 2. Etappe. Der Antrag lautet:

23) GHJ2-2204/86
Schule Punzerstraße 73 - 75;
Fenstererneuerung - 2. Etappe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 25. 5. 1987 werden im Zusammenhang mit der Fenstererneuerung - 2. Etappe in der Schule Punzerstraße 73 - 75 folgende Aufträge vergeben:
1. Kunststoffensterlieferung an die Fa. Reform, Steyr, zum Preis von S 1,240.743,60 inkl. MWSt.
2, Baumeisterarbeiten an die Fa. Negrelli, Steyr, zum Preis von S 430.194,- inkl. MWSt.

Zum genannten zweck werden Mittel von
S 234.000,- bei VSt 1/2110/010100.1
S 785.500,- bei VSt 1/2120/010000.0
S 351.000,- bei VSt 1/2130/010000.9
S 250.500,- bei VSt 1/2140/010000.8
freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 50.000,-- (fünfzigtausend)
bei VSt 1/2120/010000.1 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:
Mein nächster Antrag betrifft die Übernahme des Grundstückes 415/22, KG. Hinterberg, in das öffentliche Gut. Der Antrag lautet:

24)Bau2-2970/87
Übernahme des Grundstückes 415/22, KG.
Hinterberg, in das öffentliche Gut.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Übernahme des Grundstückes 415/22 KG. Hinterberg im Ausmaß von 592 m2 in das öffentliche Gut als Teilstück der Buchholzerstraße (Gemeindestraße) wird zugestimmt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wortmeldungen dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:
Der nächste Antrag lautet:

25) ÖAG-2110/69
Grundtausch Stadtgemeinde Steyr - Josef Brandner.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 1. 6. 1987 wird einem Grundtausch mit Herrn Josef Brandner, 4407 Dietach, Niedergleinkerstraße 80, in der Form zugestimmt, daß die Stadtgemeinde Steyr ein flächengleiches Teilstück im Ausmaß von 16.151 m2 aus den ihr gehörigen Grundparzellen 478 LN und 482/1 Garten gegen das im engeren Wasserschutzgebiet liegende Grundstück 1342/2 tauscht Die Vermessungskosten werden zwischen den Vertragsparteien geteilt. Die Grunderwerbsteuer sowie die Eintragungsgebühr haben die Vertragsparteien jeweils selbst zu tragen. Im übrigen gelten die im Amtsbericht angeführten Bedingungen.

Ich bitte um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wortmeldungen dazu? Keine. Wer ist für den Antrag, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:
Mein etzter Antrag betrifft:

26) GHJ2-1662/87
Gemeindeeigenes Objekt Karl-Marx-Straße 1;
Instandsetzungsarbeiten (1. Bauetappe).
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 12. 5. 1987 werden im Zusammenhang mit den Instandsetzungsarbeiten am gemeindeeigenen Objekt Karl-Marx-Straße 1, 1. Bauetappe, folgende Aufträge vergeben:
1) Baumeisterarbeiten an die Fa. Adami, Steyr, zum Preise von S 337.605,- o.MWSt.
2) Malerarbeiten an die Fa. Glaser, Steyr zum Preise von S 59.250,- o.MWSt.
3) Spenglerarbeiten an die Fa. Faatz, Steyr, zum Preise von S 54.460,- o.MWSt.
4) Gewichtsschlosserarbeiten an die Fa. Tuma, Steyr, zum Preise von S 13.685,- o.MWSt.

Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 465.000,- (vierhundertfünfundsechzigtausend)
werden bei der VA-Stelle 1/8460/010000.4 freigegeben.
Die anfallenden Kosten werden von der Stadt Steyr getragen.

Ich bitte auch hier um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Nicht der Fall, der Antrag findet Ihre einhellige Billigung.
Damit sind wir am Ende der Tagesordnungangelangt und kommen daher zur Aktuellen Stunde. Ich frage die sozialistische Fraktion, ob ein Beitrag gewünscht wird? Kollege Pimsl bitte!

Beginn der Aktuellen Stunde: 16.45 Uhr

STADTRAT RUDOLF PIMSL:
Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!
Die von der Steyr-Daimler-Puch AG, ihren Verantwortlichen und den Eigentümern, zumeist über die Medien verbreitete Ankündigung, weitere Betriebe zu schließen oder zu verkaufen, den Lkw auszuphasen und weitere 1200 Mitarbeiter, überwiegend aus dem Steyrer Bereich, zu kündigen, hat neuerlich zu einer großen Unruhe unter den Beschäftigten geführt und hat natürlich auch zu massiver Kritik der Mitarbeiter an der Vorgangsweise des Eigentümers bzw. Vorstandes geführt. Es war meiner bescheidenen Meinung nach eine Strategie der letzten Wochen, um vor der Hauptversammlung der Steyr-Daimler-Puch AG die Öffentlichkeit von den tatsächlichen Um- und Zuständen eines schlechten Geschäftsjahres und einer Entwicklung der letzten Jahre abzulenken und die Kritik der Öffentlichkeit auf das Haupt der Beschäftigten zu lenken. Diese Rechnung ist zweifellos aufgegangen, denn wenn man gleichzeitig die Entwicklung der Steyrer Aktie an der Börse verfolgte, so hat man feststellen können, daß bis zum Tag der Generalversammlung unsere Aktien bis zu 30 Punkten innerhalb kürzester Zeit gesunken sind und fast schon die Nominale erreicht haben. Wenn es so weitergegangen wäre, hätte man nicht einmal das mehr bekommen. Aber zwei Tage nach der Hauptversammlung hat sich die Aktie erholt und konnte immerhin 10 Punkte zulegen. Wer glaubt, daß das ein Zufall ist, der muß schon recht gläubig sein. Ich glaube daher, daß dies, wie ich schon erwähnte, eine Strategie darstellt, die voll aufgegangen ist und sozusagen die ganze Verantwortung von den Verantwortlichen wegschiebt.
Die Auswirkung einer reinen betriebswirtschaftlichen, das heißt in der Praxis einer defensiven Unternehmensstrategie, hat aber auch bereits für die Stadt zu erheblichen Einnahmensausfällen geführt und der Steyrer Wirtschaft schweren Schaden zugefügt. Wenn dann noch dazu verschiedene Publikationen, Journalisten, die Steyr-Daimler-Puch AG als einen unsanierbaren Fall bezeichnen, dann ist das ein Dolchstoß gegen tausende Beschäftigte und würde die Stadt und die Umlandregion in eine Katastrophe führen.
Die Verzweiflung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, der Steyr-Werke-Mitarbeiter liegt aber nicht im fehlenden Glauben an die Sanierbarkeit des Unternehmens, sondern im fehlenden Auftrag, die Betriebe offensiv zu sanieren. Wenn wir die Steyr-Daimler-Puch AG in eine Zukunft führen wollen, die von einer Bestandsicherung ausgeht, dann muß sehr wohl eine andere Politik betrieben werden. Mit Zusperren, mit Verkaufen werden wir sicherlich keine Verbesserung unserer derzeitigen Situation erreichen. Daher ist auch die Einstellung der Arbeiter und Angestellten zur gegenwärtigen Unternehmenspolitik, sehr realistisch und auch von Geduld getragen. Aber diese Geduld hat seine Grenzen und die Grenzen sind erreicht. Der Vertrauensschwund gegenüber den Verantwortlichen war noch nie so stark wie derzeit. Das Gefühl, alleine gelassen zu werden, das Mißtrauen gegen die Wirtschaftspolitik im Lande wird immer heftiger. Die schicksalhafte Verbindung der Stadt zu dem größten Unternehmen innerhalb unserer Gemeinschaft besteht bereits mehr als 120 Jahre. Die große wirtschaftliche Bedeutung der Steyr-Daimler-Puch AG zeigt sich in der wechselhaften Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte. Wohlstand und große Not der Steyrer Bevölkerung waren meist sichtbare Auswirkung einer erfolgreichen Unternehmenspolitik oder einer Unternehmenskrise.
Als Mitglied des Gemeinderates, als Mitglied der sozialistischen Fraktion, bin ich zutiefst, liebe Kolleginnen und Kollegen, besorgt über den bereits seit Jahren anhaltenden Zustand des Unternehmens.
Ich fordere den Gemeinderat auf, unverzüglich und abermals alles zu unternehmen, um durch entsprechende Einflußnahme einer weiteren Verschlechterung energisch entgegenzutreten. Die notwendige Stabilisierung der Steyr-Daimler-Puch AG und einer wirtschaftlichen Gesundung muß unser aller Anliegen und Auftrag

sein. Das Verhalten des Vorstandes, ein diesbezügliches Schreiben des Bürgermeisters vom 29. Mai durch Ignoranz zu beantworten, ist allerdings kaum ein positives Zeichen einer zukunftsorientierten Unternehmenspolitik.
Ich bitte Dich daher, Herr Bürgermeister, abermals und energisch bei der Steyr-Daimler-Puch AG vorstellig zu werden, um eine entsprechende Aufklärung über die zukünftige Unternehmenspolitik zu erreichen, und vor allem darauf Einfluß zu nehmen, daß Ankündigungen, die der Stadt und ihren Bewohnern schweren Schaden zufügen können, zukünftig in der Öffentlichkeit unterbleiben und dort diskutiert werden und mit jenen diskutiert werden, die davon betroffen sind.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke Kollegen Pimsl für diesen seinen Beitrag über das zweifellos für unsere Stadt mehr als aktuelle Thema. Für Steyr ist die Entwicklung des Werkes von ganz entscheidender Bedeutung. Wir bringen das auch immer wieder dort, wo es möglich ist, zum Ausdruck. Diese Schicksalsgemeinschaft, wie sie angeführt wurde, besteht. Es hat aber die Entwicklung des Werkes nicht nur als Werk für die Stadt unmittelbare Auswirkungen, wie es dort geht, sondern es wird selbstverständlich davon die gesamte Wirtschaft, es werden alle Wirtschaftszweige betroffen, wenn Schwierigkeiten auftreten, wenn Schwierigkeiten vorhanden sind. Wir haben aufgrund der Entwicklung des Betriebes, die ja im Vorjahr schon nicht zum Allerbesten war, bereits Herrn Generaldirektor Voisard eingeladen, und er hat hier vor dem Gemeinderat - daran könnt Ihr Euch alle noch erinnern - einen Vortrag über seine Vorstellungen gehalten. Ich glaube, es ist wie Kollege Pimsl angeschnitten hat, neuerlich eine Information notwendig. Wir haben deswegen am 29. Mai dieses Jahres neuerlich an das Werk, an die Generaldirektion, geschrieben und um eine weitere nähere Information und über die Vorhaben des Betriebes Auskunft zu erhalten. Leider, das muß ich auch sagen, ist bis heute keine entsprechende Antwort eingelangt. Ich bedaure das, werde aber selbstverständlich am morgigen Tag diese unsere Vorstellung urgieren. Wir hoffen, daß wir in Kürze entsprechende Möglichkeiten haben.
Die Einflußmöglichkeit unsererseits als Stadt ist verhältnismäßig gering. Wir können im Werk wirtschaftlich kaum eingreifen. Ich glaube aber, daß wir unsere große Sorge, die wir alle gemeinsam haben, um diesen Betrieb und die Arbeitsplätze, daß wir die doch zum Ausdruck bringen sollten. Ich würde nach diesem Gespräch eine entsprechende Information, das sage ich sehr deutlich, unter Umständen in einer Sondersitzung des Gemeinderates, zur Diskussion stellen. Ich glaube, daß wir als Verantwortliche in der Stadt, im Gemeinderat, unseren Bürgern dies schuldig sind.
Eine Bitte darf ich hier vorbringen an die Medien. Ich glaube, daß die Berichterstattung in der letzten Zeit alles andere als günstig für unseren Betrieb war und potentielle Kunden durch diese Berichterstattung, die alles andere als positiv für den Betrieb war, abgeschreckt wurden. Ich habe eine Bitte an die Medien, von dieser Berichterstattung Abstand zu nehmen und eher, so schwierig es sein mag, das Positive mehr herauszustreichen.
Das darf ich in diesem Zusammenhang als Bürgermeister vorbringen.
Seitens der ÖVP Kollege Holub bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Und zwar melde ich mich deshalb zu diesem Thema seitens meiner Partei, weil das Thema so wichtig ist, daß ich glaube, daß ich als Obmann dieser Partei gar nicht umhin kann, hier etwas dazu zu sagen.
Kollege Pimsl, Du und ich, wir haben bei mehreren Gelegenheiten über die auffällige Entwicklung dieses Aktienkurses uns sehr wohl unterhalten und es tut mir leid, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich teile hundertprozentig die Ansicht des Kollegen Pimsl. Ich gehe sogar in meiner Aussage noch weiter.

Voll bewußt dessen, daß ich das nicht nur tue als Karl Holub, sondern als Obmann dieser Partei, für die ich hier stehe. Es ist völlig untragbar, daß auf dem Rücken von Menschenschicksalen gebuhlt wird um die Höhe der öffentlichen Zuwendung, damit der Eigentümer - es tut mir leid, daß ich als Mitarbeiter eines Geldinstitutes das sagen muß - sich aus seiner Verantwortung um sein Eigentum schleichen kann. Es ist völlig undenkbar, daß in einer westlichen Demokratie so weitergespielt wird mit Menschenschicksalen, mit dem Wohl und Wehe einer ganzen Region. Ich bin in vollkommener Solidarität, nicht nur ich, sondern wir von der Österr. Volkspartei, mit den Mitarbeitern im Werk, die fassungslos vor den Vorgängen stehen müssen, die sich vor der Bühne abspielen.
Über die Interne des Werkes, welche Strategie verfolgt wird oder nicht, kann ich nichts sagen. Es sollte die Strategie eines Unternehmens auch nicht Gegenstand der kommunalpolitischen Erörterung sein. Aber sehr wohl Gegenstand der kommunalpolitischen Erörterung, liebe Kolleginnen und Kollegen, muß es sein, was wird aus dieser Strategie für unsere Bürger? Wir diskutieren nicht Unternehmensstrategien, aber wir diskutieren die Auswirkung von Strategien. Denn diese Auswirkungen bilden das Umfeld für unsere politischen Entscheidungen, bilden das Umfeld für den finanziellen Spielraum unserer Region und bilden das Umfeld für die Nöte unserer Mitbürger.
Die Sorge mit dem Unternehmen geziemt nicht nur der Stadtverwaltung, sondern geziemt jedem einzelnen Bürger dieser Stadt. Es wäre jetzt unbedingt notwendig, daß wir als Kollegialorgan Gemeinderat einer Meinung sind , daß wir aus dieser schlimmen Situation - sie ist schlimm - im Werk nicht versuchen, uns politisch auseinanderzuspielen, vielleicht sogar von jemandem, der die Fäden zieht, auseinanderspielen zu lassen. Dieser Jemand, der die Fäden zieht, ist ja heute schon irgendwo einmal genannt worden. Von Dir, Kollege Pimsl, mit Namen. Ich traue dem Mann sehr wohl zu, daß er politisches Hick-Hack provoziert, damit seine Vorstellungen über Unternehmensfinanzierungen aufgehen können, daß er da ja eher fundamental vorzugehen bereit ist, weiß die Öffentlichkeit ja seit langen Dingen.
Ich möchte von hier aus den Mitarbeitern der Steyr-Daimler-Puch AG aufrichtig zurufen, daß wir in einer gemeinsamen Sorge vor der Situation stehen. Ich möchte aber auch den anderen Beschäftigten in unserer Stadt die Sorge nicht aberkennen, die sie haben um ihren Arbeitsplatz, weil es ja im Werk schlecht geht. Die Verflechtung, die da besteht, ist heute schon oftmals angesprochen worden. Ich möchte auch sagen, daß es nicht Unternehmenspolitik sein kann, die größtmöglichen Subventionen zu erreichen, sondern, verdammt noch einmal, daß es Unternehmenspolitik sein muß, aktiv in die Zukunft zu gehen - Du sagst, eine Offensive anzutreten. Vermutlich ist die Offensive auch der einzige Weg, wenngleich wir alle einsehen müssen, daß es betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten gibt. An der Grenze dieser Möglichkeiten ist das Werk angelangt. Aber das in der Öffentlichkeit kaputt machen, sei es nur mit der Spielerei mit Aktienkursen, wenn der Verdacht richtig ist, der sich da aufdrängt. Wenn dieser Verdacht richtig ist, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann stehen wir vor einer Ungeheuerlichkeit, wie sie diese Republik noch nicht erlebt hat. Ich wünsche mir sehr, daß wir uns irren, daß es normale Marktmechanismen waren. Wenngleich ich den faden Beigeschmack, daß es kein Irrtum ist, nicht von mir bringe. Das hilft den Mitarbeitern im Werk überhaupt nichts, wenn wir uns Gedanken darüber machen, ob das moralisch gerechtfertigt ist oder nicht. Es hilft den Mitarbeitern aber sehr wohl, wenn wir als Kollegialorgan Gemeinderat - es wird eine Gelegenheit dazu geben, so hoffe ich - sehr eindrücklich kundtun, daß wir hier einer Meinung sind und daß wir gedenken, hier einer Meinung zu bleiben. Wobei der Preis dafür nicht sein darf die Preisgabe der vielen kleinen Unternehmungen in der Stadt, von der unser städtischer Wohlstand noch mehr abhängt, als er in der Vergangenheit ohnehin schon abhing.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT DKFM. ZAGLER:
Bei der Informationsveranstaltung mit Generaldirektor Voisard war Eure Fraktion die, die zugestimmt hat.

Ich habe befürchtet, daß man anfängt mit Bösewichtrollen und Zuweisungen. Das war der Grund, warum ich mich zu Wort gemeldet habe. Wenn ein Unternehmer die Unternehmenssituation fundiert darstellt, so muß man dieser Darstellung Beifall zollen, mit der Tatsache, daß es so ist. Der Applaus oder die Zustimmung hat also sicherlich nicht gegolten in der Richtung, daß wir der Meinung sind, es ist gut, daß dem Werk das so geht. Aber daß die Darstellung meiner Meinung nach zu dem Zeitpunkt, wo wir hier herinnen beisammen waren mit dem Herrn Generaldirektor, korrekt war, diese Unterstellung glaube ich kann ich schon treffen. Ich finde, Kollege Zagler, Deinen Zwischenruf einfach primitiv und an sich der Situation unwürdig.
Kolleginnen und Kollegen, wenn wir in diesem Ton, den der Helmut Zagler jetzt angefangen hat, in der Situation miteinander arbeiten wollen, so fürchte ich das Schlimmste.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Namens der KPÖ Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Nach sechs Monaten Kurzarbeit in den Steyr-Werken und einem Lohn- und Gehaltsverlust von mindestens S 6.000,- pro Beschäftigtem droht jetzt die nächste Belastungswelle den Arbeitern und Angestellten, wie Kollege Pimsl in seinem Beitrag aufgezeigt hat. Nach der Urlaubszeit werden wir intensiv mit dem Betriebsrat über den Abau von 1200 Mitarbeitern und die Kürzung der Sozialleistungen - er meint von den 400.000 200 Millionen - reden müssen. Dies sagte wörtlich der Generaldirektor von Steyr-Daimler-Puch Dr. Voisard bei der Bilanz-Pressekonferenz. Es kann daher auch nicht die Schuld der örtlichen Presse sein, daß sie hier etwas aufspielt, was eigentlich nicht gesagt werden soll. Sie sind es doch selbst, die in die Presse gehen, in das Fernsehen und hier den Betrieb dementsprechend verunglimpfen.
Er sagte auch weiter, - ich möchte erinnern daran, bereits am 21. Mai d. J, und hier im Gemeinderat erklärte er, die Aufgabe der eigenen Lkw-Produkion kann er sich vorstellen sowie den Abbau jedes vierten Beschäftigten. Aber sonst ist der Generaldirektor der Meinung, daß die Steyr-Daimler-Puch AG überlebensfähig ist. Die Rechnung des Steyr-Daimler-Puch-Chefs , der bereits bei MAN als Vorreiter der Schrumpfung agierte - das habe ich ihm auch hier ziemlich deutlich vorgehalten - ist höchst einfach. Er sagt einfach, wir müssen das, was wir heute mit vier Mitarbeitern erarbeiten, in Zukunft eben mit drei schaffen. Das bedingt vorerst eine weitgehende Personalreduzierung. Aber das allein genügt nicht. Es muß uns zusätzlich noch gelingen, mit den weniger gewordenen Mitarbeiten die gleiche Leistung zu erzielen, wobei Voisard davon ausging, daß der Konzern in Zukunft nicht mehr verkaufen kann als heute, was meiner Meinung nach von vornherein eine höchst merkwürdige Defensivhaltung eines Konzernchefs ist. Die Zielsetzung der Steyr-Daimler-Puch-Leitung lautet zwar offiziell höhere Wertschöpfung, aber in Wahrheit verbirgt sich dahinter sehr deutlich das Schrumpfungskonzept, wie es auch Du dementsprechend herausgestrichen hast. Nämlich mit dem Vorwand der höheren Wertschöpfung will man ganz offensichtlich der Belegschaft und auch ihrer Vertretung, nämlich den Betriebsräten, den Widerstand schwer machen. Wer heute sagt, daß die angestrebte Erhöhung der Wertschöpfung nicht erreichbar ist, der gibt das Unternehmen und seine Arbeitsplätze praktisch jetzt schon auf - so meinte Voisard. Was nichts anderes bedeuten soll als die Drohung, wer Widerstand gegen die Schrumpfung leistet, einschließlich auch des Gemeinderates, ist eigentlich gegen das Unternehmen. Wirklich gegen die Steyr-Daimler-Puch AG sind doch die Pläne Voisards zur Lkw-Produktion . Er überlegt nämlich, daß z. B. komplette Lkw nicht mehr wirtschaftlich in unserem Betrieb hergestellt werden können .
Es ist auch bedeutungsvoll, wenn ich hier erinnere, daß es gerade Androsch war,

der im Nibelungenwerk erklärte und verglich das Management mit einem Rosenzüchter, der den Strauch zurückstutzen müsse, damit neue Triebe entstehen. Das war seine Aussage vor den Arbeitern im Ni-Werk. Die Gemeinde Steyr, so bin ich der Auffassung, als Mitaktionär von Steyr-Daimler-Puch muß diese Konstruktion der Schrumpfung auf das Schärfste bekämpfen.
Wesentlich, liebe Kolleginnen und Kollegen ist, daß man auch in aller Öffentlichkeit deutlich sagt, daß durch schwere Versäumnisse und Fehlentscheidungen des Eigentümers CA und des Managements der Steyr-Daimler-Puch Schwierigkeiten entstanden sind in der österreichischen, in der Steyrer Nutzfahrzeugindustrie sowie wesentliche Veränderungen auf bundespolitischer und Regierungsebene haben die Situation bedrohlich verschärft. Es ist Aufgabe von uns Kommunalpolitikern, uns verstärkt für die Sicherung der Arbeitsplätze in unserem entscheidenden Betrieb, den Steyr-Werken, einzusetzen. Gerade die Steyr-Werke waren in den letzten Jahren von der Vernichtung tausender Arbeitsplätze betroffen und überdies drohen der Nutzfahrzeugproduktion Unterordnung und Unabhängigkeitsverlust. Aber die SP- und ÖVP-Koalitionsregierung und die CA-Spitze unter dem Sozialisten Androsch tragen die volle Verantwortung für diese gefährliche, unsoziale antiösterreichische Entwicklung. Die KPÖ-Fraktion verlangt von der Bundes- und Landesregierung Maßnahmen gegen die Schrumpfungspolitik und Arbeitsplatzvernichtung im Steyr-Werk. Wir verlangen von Ihnen zur Erhaltung der Arbeitsplätze eine verstärkte Förderung, um den Ausbau unserer heimischen Fahrzeugindustrie zu sichern.
Anläßlich des Stadtfestes erklärte Landeshauptmann Ratzenböck, er liebe immer mehr Steyr und komme gerne in unsere Stadt. Dabei glich sein Auftreten - Sie haben es alle gesehen - dem eines Showmasters. Das Volksblatt berichtet sogar mit Bild, daß er jemandem in Steyr die Show genommen hätte. Wenn er unsere Stadt wirklich achtet, dann müßte er gemeinsam mit dem Steyrer Gemeinderat von der Bundesregierung Sofortmaßnahmen im Interesse der Steyrer Werksarbeiter und im Interesse der Region Steyr verlangen.
Aufgrund dieser ernsten Situation, die wir heute vorfinden, die auch Kollege Pimsl als Arbeitnehmervertreter heute drastisch darlegte, verlangeich,so wie auch der Bürgermeister in seinen Ausführungen anführte, eine Sondersitzung des Gemeinderates.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke für diesen Beitrag. Es sind jetzt alle Fraktionen zu diesem Thema zu Wort gekommen. Gibt es seitens der ÖVP ein Thema?

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Es wäre das gleiche Thema gewesen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Das Thema ist aufgrund der Möglichkeiten, die wir haben, erschöpft, obwohl es sicher noch vieles dazu zu sagen gäbe. Aber ich darf versichern, daß sich der Gemeinderat wirklich noch einmal eingehend mit diesem Thema beschäftigen wird. Und zwar in absehbarer Zeit, den Termin kann ich aber noch nicht sagen.
Wünscht die ÖVP ein eingenes Thema?

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Kein eigenes Thema. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Kommunistische Partei? Bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Das Jahr 1987 wurde in unserem Bundesland Oberösterreich zum Jahr der Familie proklamiert und auch die Sprecherin der sozialistischen Partei brachte das bei der Gemeinderatsitzung im Jänner zum Ausdruck. Nun ist bereits ein halbes Jahr vergangen und man müßte eigentlich Halbzeitbilanz ziehen. Ich habe bereits bei der Proklamierung hier im Gemeinderat ad hoc erklärt, daß man bewußt und gezielt die Familienförderung weitgehend auf die eigenen vier Wände reduziert, um von der Förderung durch die öffentliche Hand, sprich Landesregierung, abzulenken. So wie das Land bei der Ausrufung des Jahres der Familie den Ball für die Förderung der Familie mit der Aktion familienfreundlichste Gemeinde bewußt den Gemeinden zugeschoben hat, so fehlen auch jetzt nach einem halben Jahr jegliche über das bisherige Maß hinausgehende Maßnahmen zur Familienförderung durch das Land selbst. Würde das Land diese Förderung wirklich ernst nehmen, dann könnte es mit praktischen Maßnahmen in verschiedenen Bereichen dies vordemonstrieren. So etwa mit der Übernahme aller Personalkosten für die Kindergärten durch das Land zur Entlastung der Gemeinden mit einer Orientierung auf einen Nulltarif in den Kindergärten, wie das, wie Sie selbst wissen, in Niederösterreich bereits der Fall ist und der Einbeziehung auch der Wochenpendler in die Pendlerbeihilfe des Landes und einer verstärkten Förderung des Nahverkehrs durch das Land, um familienfreundliche Tarife auch in unserer Stadt zu ermöglichen. Auch die Bestrebungen, Ehe und Familie in die Verfassung aufzunehmen, werden von mir als heuchlerisch zurückgewiesen, denn dabei geht es nicht um Familienförderung, sondern nur um eine verstärkte Verpflichtung der Familie zur Eigenleistung und Selbsthilfe und damit um eine Entlastung der öffentlichen Hand von sozialen Aufgaben.
Die KPÖ-Fraktion hat bereits im Jahr der Familie am Anfang des Jahres eine Reihe von konkreten Vorschlägen gebracht und die möchte ich jetzt kurz wiederholen und ergänzen. Als erste Maßnahme für die Stadt Steyr regte ich die Einführung eines Familienpasses nach dem ÖBB-Ausweis an, der Familien mit 2 Kindern 50 % Ermäßigung beim städtischen Autobustarif bringen soll. Bis jetzt habe ich nichts gehört, daß diese Frage in Beratungen einbezogen wurde.
Ein Vorschlag der KPÖ-Fraktion ist auch die Senkung der Kindergartengebühr bis zum Zeitpunkt, wo das Land Oberösterreich die Finanzierung des Kindergartenbesuches wie in Niederösterreich übernimmt. Ich weiß auch nicht, wie weit man sich in der großen Fraktion mit den familienpolitischen Maßnahmen und solchen Anregungen beschäftigt hat. Vielleicht kann man das in der Antwort hier öffentlich erklären. Oder die Förderung für kinderreiche Familien durch Gewährung eines Betriebskostenbeitrages in Neubauwohnungen. Damit sich Familien mit mehr Kindern auch wirklich solche Wohnungen leisten können. Weiters schlage ich die Einführung von Schwimmkursen im Vorschulalter vor. Diese Schwimmkurse der städtischen Kindergärten sollen für die 5- bis 6jährigen während der Wintermonate im Hallenbad unentgeltlich durchgeführt werden. Dies ist ein Punkt, den man sicher, wenn man guten Willen zeigt, durchführen kann. Es wäre sehr interessant, wie weit die übrigen Parteien die Frage der Familienförderung in diesem Jahr behandeln und welche Schlußfolgerungen sie bis jetzt gezogen haben in dieser Richtung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Namens der sozialistischen Fraktion hat sich Kollege Wippersberger dazu gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Kollege Treml, meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!
Das Land hat das Jahr 1987 zum Jahr der Familie erklärt. Auch mir fehlt bisher die Initiative von dieser Stelle. Abgesehen von der Erklärung "Jahr der Familie",

fehlt mir bisher alles. Ich kann eines sagen, auch das ist mehrmals besprochen worden, für uns wäre es eine richtige Familienförderung, wenn es ähnlich wie in Niederösterreich möglich wäre, - das wäre eine Entlastung für Familien mit Kindern - die Kindergartentarife zu senken, oder daß überhaupt die Personalkosten zur Gänze vom Land übernommen werden würden.
Ich habe heute in meinen Ausführungen, den Rechnungsabschluß 1986 betreffend, darauf hingewiesen, daß wir bei den Kindergärten, Tagesheimstätten und Horten im letzten Jahr ein Defizit von 19,8 Millionen Schilling hatten. In Anbetracht dieser Tatsache können wir als Steyrer da nicht aktiv werden. Wir haben vor nicht langer Zeit im Stadtbad einen Familientarif eingeführt und soweit mir bekannt ist, schlägt er ganz gut ein. Aber sehr viele große Maßnahmen auf dem Gebiet können wir derzeit im Hinblick auf unsere finanzielle Situation - darüber haben wir bereits eingehend gesprochen - nicht leisten. Was mir fehlt, es müßte vom Land auch etwas geschehen. Nur zu proklamieren, das ist wirklich zu wenig.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Holub hat sich seitens der Österreichischen Volkspartei zu Wort gemeldet, bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Das "Jahr der Familie" wurde wie viele andere Jahre proklamiert, um das Bewußtsein zu fördern. Das war die Absicht, zu der sich das Land Oberösterreich mit seiner Landesregierung einmütig gefunden hat und dabei den Gedanken der Familie weiter in der Öffentlichkeit zu verankern. Familien- und Kinderfreundlichkeit drückt sich halt in erster Linie im Bereich der unmittelbar Betroffenen, also in der Familie aus, im Nahbereich der unmittelbar Betroffenen, also im Wohnbereich und im Grobbereich der unmittelbar Betroffenen, also in der Gemeinde. Daher ist es irgendwo logisch, daß in der Gemeinde auch über familienfördernde Maßnahmen in erster Linie diskutiert werden soll. Ich glaube, daß Familienfreundlichkeit nicht durch Verordnung einer Regierung herbeigerufen wird. Genau so wenig wie man Menschenfreundlichkeit verordnen kann, genau so wenig wie man Frieden verordnen kann. Es ist sicherlich als Anstoß zu sehen, sich über die familienfördernden Maßnahmen in der Politik Gedanken zu machen, wobei diese Maßnahmen nicht notwendigerweise Geld kosten müssen, nicht notwendigerweise. Es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die hier zur Verfügung stehen, die zum Teil schon im Anbieten von Informationen über Möglichkeiten, die die Familie in Gemeinden vorfinden, recht viel Wertvolles mit sich bringen könnten. Wir werden sicherlich im Gemeinderat der Stadt Steyr - der Ankündigung der Kollegin Schreiberhuber, die heute nicht da ist, glaube ich ja nach wie vor - einen eigenen Tagesordnungspunkt zu Maßnahmen über das Jahr der Familie haben, so daß ich jetzt den Gemeinderat heute nicht damit strapazieren möchte, daß ich die Vorstellungen unserer Fraktion zu diesem Thema darbiete. Das ist einfach nicht der vereinbarte Rahmen dazu. Der von den Fraktionsobmännern vereinbarte Rahmen wäre der, daß man eine Sitzung zu diesem Thema vereinbart. Das ist nicht geschehen, also fände ich es nicht fair, wenn ich jetzt hier hergehe und eine Aufzählung von Forderungsmaßnahmen bzw. von Aktivitäten vornehmen würde. Ich fände es nicht fair, die Sachen sind formuliert und es ist eine ganze Reihe dabei, die der Gemeinde überhaupt nichts kosten. Ich erwähne nur die Möglichkeit, die Gemeindebürger zu informieren über mögliche Hilfen, besser zu informieren als bisher. Vielleicht gelingt es uns doch, wieder einmal in das Amtsblatt hineinzubringen die verschiedenen Institutionen, die sich ohnehin mit Heimhilfe befassen. Vielleicht gelingt es uns, in unserem persönlicher Wirkungsbereich Familienrunden zu fördern. Das kostet der Gemeinde überhaupt kein Geld. Aber haargenau das wäre der Sinn des Jahres der Familie.Vielleicht gelingt

es uns, in die Bürger, die Wohnungen einrichten, das Bewußtsein hineinzubringen, daß ein Kinderzimmer kein verlorener Raum ist, sondern daß es aktiver Raum der Begegnung innerhalb der Familie sein kann. All das kostet der Gemeinde überhaupt nichts. Wir müssen uns nur zusammenfinden und konzertiert, darum wollte ich die Aufzählung dieser Maßnahmen jetzt gar nicht machen, alle miteinander, ganz egal, welche Partei uns in den Gemeinderat entsendet hat, gezielt an der Bewußtseinsarbeit für unsere Bürger arbeiten.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:
Die Mutterberatungsstelle Resthof z. B. liegt noch immer beim Ratzenböck.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Ich möchte hier jetzt nicht über die Thematik Mutterberatung Resthof sprechen, weil Du, lieber Kollege Rohrauer, ganz genau weißt, daß Du jetzt die Unwahrheit gesagt hast.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:
Nein, das stimmt nicht!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Höre doch auf mit dem Demagogisieren.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:
Rede mit Landesrat Reichl oder frage den Magistratsdirektor-Stellvertreter Rabl, was er für Briefe schreibt.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Ich weiß nicht, welche Briefe Du kennst, ich weiß, welche Briefe ich kenne und ich behaupte, Du sagts nicht die Wahrheit.
Wir sollten hier über die familienfördernden Maßnahmen reden. Mutterberatung ist eine Möglichkeit, Familienförderung zu betreiben und daher haben wir von unserer Fraktion diese Mutterberatungsstelle auch gefordert. Aber liebe Freunde, wir lernen scheinbar überhaupt nichts, wir suchen jede geringste Möglichkeit, um irgendwo, irgendwem das Hackl ins Kreuz zu hauen. Wir lernen nicht daraus, daß viele Bürger heute überhaupt nicht mehr zur Wahl gehen, weil sie von dieser Art Politik zu machen, angewiedert sind. Wenn wir das nicht bald einmal kapieren, und wenn wir nicht bald einmal versuchen, konstruktiv miteinander zu arbeiten an der Bewältigung der Probleme, dann geschieht es uns recht, daß unsere Bürger mit der Demokratie, die wir ihnen bieten, verdrossen sind.
Es wäre jammerschade, wenn wir ein so wichtiges Thema wie die Familie als Kernzelle des Zusammenlebens dazu mißbräuchten, um wieder einmal ein Hackl zu schwingen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt
Der Ordnung halber möchte ich mitteilen, daß der Gemeinderat heute Beschlüsse des Stadtsenates im Ausmaß von 1, 793.100,- Schilling zur Kenntnis genommen hat.
Bei den heutigen Verhandlungsgegenständen wurden Beträge im Gesamtausmaß von S 21,354.500.- beschlossen.
Ich danke für die Mitarbeit, für die Diskussionsbeiträge. Die Sitzung ist damit geschlossen.

Ende der Sitzung: 17.25 Uhr.

DER VORSITZENDE:

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

DIE PROTOKOLLPRÜFER: